



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Einzelpreis 25 Goldpfennig.

Nummer 6
6. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste S. 266) erteilen. In Sonderfällen erfolgt Zustellung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Alnigräber Straße 44, Fernspr.-Anschl.: Amt Köpen 3349. — Bezugspreis monatlich: 30 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postkonten Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Postfach 6, Berlin SW. 47, Bismarck-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erteilen.

Berlin
15. März 1925

Dem verstorbenen Reichspräsidenten.

Des neuen Deutschlands erster Präsident ist am 28. Februar unerwartet verschieden. Am 5. März wurden seine sterblichen Überreste — nach tags zuvor erfolgter würdiger Trauerfeier in Berlin — in seiner Heimatstadt Heidelberg am Neckar beigesetzt. Sein Tod hat die im deutschen Volk in den letzten Jahren so oft heiß umstrittene Frage der Staatsform neu aufgerührt, und ganz zweifellos, die Parteileidenenschaften wieder entfacht. Leider wurde nur zu sehr beim Tode des Reichspräsidenten Ebert übersehen, daß es sich hier nicht um die Persönlichkeit irgendeiner Partei oder einer Parteigruppe handelte, sondern daß der Tod dem Deutschen Reich das staatliche Oberhaupt genommen hat, das das Oberhaupt, das das Deutsche Reich als Einheitsstaat und das deutsche Volk als Volksganzes symbolisiert. Zu der Partei, der der verstorbene Reichspräsident früher angehört hatte und die ihn auch heute noch zu den Ihrigen rechnet, kann man verschieden stehen. In seiner Tätigkeit und Amtsführung als Reichspräsident hat er dem deutschen Volke den Beweis erbracht, daß er das Beste des Vaterlandes wollte und an die Zukunft, auch an die nationale Zukunft des deutschen Volkes glaubte.

Der Tod eines Menschen ist ein Ereignis, das zunächst rein menschlich betrachtet werden muß. Der Tod reiht eine Lücke in eine Familie, in einen Verwandten- und Bekanntenkreis, er schließt ein Leben ab, von dem man mit mehr oder weniger großer Berechtigung nach dem Bibelworte sagen muß, daß es Mühe und Arbeit gewesen ist. Der Tod eines Menschen erweckt Trauer und Leid bei den Angehörigen, erweckt Mitgefühl bei den Mitmenschen. Trifft der Tod das Oberhaupt eines Landes, so erfüllt Trauer das ganze Land. Mag man mit diesem Oberhaupt persönlich in Fühlung gekommen sein, oder nicht. Das Haupt ist dem Lande genommen und deshalb trauert das Land und trauert mit Recht. Denn das Vertrauen eines Volkes hob diesen Mann an die Spitze des Landes, damit er die Geschicke des Landes und Volkes nach bestem Gewissen und ehrlicher Überzeugung zum Besten des Volksganzes und des Vaterlandes lenkte. Der verstorbene Reichspräsident Ebert war ehrlich bestrebt, sich das Vertrauen des deutschen Volkes zu erringen. Wer ehrlich gegen sich selbst ist, der wird zugestehen müssen, daß Reichspräsident Ebert während seiner rund fünfjährigen Tätigkeit sich das Vertrauen des größten Teils des deutschen Volkes erworben hat, nicht, weil er sich als Parteimann betätigt hatte, sondern gerade weil er, obwohl er aus einer bestimmten Partei hervorgegangen ist, bemüht war, nicht nach parteipolitischen, sondern nach Gesichtspunkten des Volksganzes, des deutschen Vaterlandes, seine Entscheidungen und Maßnahmen zu treffen.

Nicht immer ist es leicht, die Beweggründe einer Tat aus der Ferne zu beurteilen oder zu erkennen. Deshalb ist er oft wegen seiner Entscheidungen von der einen oder anderen Seite angegriffen worden, selbst von seinen eigenen Parteifreunden. Wo solche Angriffe auftauchten, sind sie hervorgegangen, nicht vom Standpunkt der deutschen Gesamtpolitik, sondern vom Gesichtspunkt engherziger Parteipolitik. Das beste Beispiel bietet hierfür unsere Saarvereins-Arbeit, der, was nicht überall bekannt und nicht überall gewürdigt wurde, der verstorbene Reichsprä-

sident stets weitgehendstes Interesse und größtes Verständnis entgegenbrachte. Und zwar zu einer Zeit, als man im Saargebiet selbst und auch innerhalb jener Parteien, die dem Reichspräsidenten recht nahe standen, glaubte, sich von einer Mitarbeit an den Bestrebungen des Saar-Vereins fernhalten zu müssen. Der Verstorbene empfing im Sommer 1921, gelegentlich der Vorstellung des Kölner Männergesangsvereins, in der Staatsoper auch den Geschäftsführer des Bundes Saar-Verein, Verwaltungsdirektor Vogel, um sich durch diesen über die Tätigkeit des Bundes, über den Erfolg seiner Arbeit, und insbesondere über die Verhältnisse im Saargebiet unterrichten zu lassen. Nur wer selbst erlebte, mit welcher innerem Verständnis und lebendiger Anteilnahme der verstorbene Reichspräsident diese Arbeit würdigte, und wie er von der deutschen Bevölkerung an der Saar mit herzlichster Anerkennung ihrer vorbildlichen Treue sprach, der vermag zu beurteilen, wie sehr der Verstorbene an der Festigung des Reiches, an der Betonung der nationalen Selbstbestimmung tätig war, und wie sehr er den nationalen Gedanken im besten Sinne zu fördern sich bemühte.

Die Tatsache, daß der Reichspräsident sich äußerst zurückhielt, besonders auch in der Vertretung des Gedankens der nationalen Wiedererstarkung, bedeutet nicht einen Mangel an nationaler Überzeugung des Reichspräsidenten, sondern eher einen Mangel jener Parteien in Deutschland, die entweder nicht vertragen können, daß der Deutsche sein Nationalbewußtsein in würdiger Weise betont, oder die die Bedeutung eines würdigen Nationalbewußtseins nicht verstehen. Der deutsche Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat dem verstorbenen Reichspräsidenten einen äußerst warm empfundenen Nachruf in der „Zeit“ gewidmet. Dort hat er die wahre nationale Einstellung des Verstorbenen in äußerst feiner Weise gekennzeichnet, und ihn als einen Mann geschildert, der über die engherzigen Dogmen eines einseitigen Parteiglaubens weit hinausgewachsen sei. Als Betonung eines gesunden Nationalbewußtseins, wie es der Verstorbene bezeugt, hat Dr. Stresemann die Tatsache angeführt, daß Reichspräsident Ebert das Deutschlandlied wieder zum deutschen Nationallied erhob. Welche außerordentliche Bedeutung diese Tat des Reichspräsidenten Ebert für das Deutschtum besonders in den gefährdeten und besetzten Gebieten hatte, ist gerade im Saargebiet erkannt worden, wo man aus ganz natürlichem Empfinden, gegenüber den Französisierungsbestrebungen, das Deutschlandlied als Ausdruck nationalen Deutschtums und deutscher Treue, als Protest gegen die fortgesetzten französischen Provokationen viel öfter, und aus innerem nationalen Bedürfnis heraus anstimmte, als wie es im unbesetzten Deutschland zu beobachten ist. Es ist bedauerlich, aber kennzeichnend für das deutsche Erbteil, daß das Singen des Deutschland-Liedes im Saargebiet bis zur Weihe durch den Reichspräsidenten zum deutschen Nationallied von eigenen Volksgenossen als Ausdruck „nationalistischen Treibens“ charakterisiert und angefeindet wurde. Reichspräsident Ebert hat mit der Erhebung dieses Liedes zur deutschen Nationalhymne diesem unwürdigen Treiben ein Ende gemacht, und damit einen bedeutsamen Schritt zur Überbrückung parteipolitischer Gegensätze im deutschen Volke nach vorwärts getan.

Auch in der Farbenfrage, das deutet Dr. Stresemann ebenfalls an, hat der verstorbene Reichspräsident volles Verständnis für die beiderseitigen Ansichten gehabt, und es entsprach ganz seinem nationalen Empfinden und seinem Willen, die parteipolitischen Gegensätze unter Berücksichtigung und Beachtung gegenteiliger Meinungen auszugleichen, wenn er auch in diesem Punkte nach einer dem Nationalbewußtsein des deutschen Volkes würdigen Lösung suchte. Wenn er in dieser Frage nicht mehr zu einer befriedigenden und versöhnenden Tat gekommen ist, so einmal, weil hier Verfassungsfragen im Wege standen und zum andern, weil sein unerwarteter Tod diese Regelung nicht mehr zuließ.

Wenn wir vom Gesichtspunkt des Saargebiets aus die Tätigkeit des Reichspräsidenten Ebert überblicken, so empfinden wir nicht nur rein menschliche Trauer über seinen Tod. Er war ein Sohn des Volkes, der mit zunehmender politischer Reife als Grundlage für die Wiedergeburt des deutschen Volkes und des Nationalbewußtseins das starke nationale Empfinden eines Volkes erkannte, für den Ausgleich der Gegensätze eintrat und für die Förderung des nationalen Gedankens

im deutschen Volke hervorragend tätig war, weil er Deutschland als sein Vaterland liebte, das er groß, frei und einig machen wollte. Wie kleinlich sind angesichts dieser Einstellung des Reichspräsidenten Ebert die zum Teil geradezu krankhaften Bemühungen, das Ansehen des Oberhauptes des deutschen Reiches seinem eigenen Volke und dem Auslande gegenüber herabzusetzen. Er war ein deutscher Mann, mit gesundem nationalen Empfinden und heißem Herzen für die Leiden und Kämpfe jener deutschen Volksgenossen, die nicht das Glück haben, im Schutze des deutschen Reiches ihr nationales Leben zu führen. Das Saargebiet wird dem verstorbenen Reichspräsidenten ein immerwährendes treues Andenken bewahren, nicht nur, weil er ein guter Mensch, sondern ein ehrlicher, stolzer und nationaler Deutscher war. Die Parteien, die den Verstorbenen lediglich als Parteimann und Parteifreund betrachten, handeln nicht im Sinne des nun Entschlafenen, weil er nicht Parteimann, sondern Deutscher sein wollte. In seiner Gedanktiefen rief Reichstanzler Dr. Luther am Sarge des verstorbenen Reichspräsidenten dem deutschen Volke im Geiste des Toten die Mahnung zu, die auch wir im Interesse des Deutschlandkampfes an der Saar uns zu eigen machen: „Seid ein Volk, ein Vaterland!“

Rault bleibt im Amt.

Zur Durchführung der französischen Annexionsziele.

Was nach den letzten Mitteilungen über die französisch-englische Vereinbarung in der Saarfrage nicht mehr überraschen konnte, ist nun tatsächlich erfolgt: Herr Rault ist auf ein weiteres Jahr auf seinem Posten als Präsident der Saarregierung bestätigt worden. Am 11. März hat man sich in streng vertraulicher Sitzung mit der Ernennung der Saarregierungs-Kommissionsmitglieder beschäftigt. Was durch die einzelnen Pressevertreter in Genf darüber mitgeteilt wurde, lautet übereinstimmend dahin, daß zwar der Völkerbundrat dem noch von dem inzwischen verstorbenen schwedischen Ministerpräsidenten Branting gestellten Antrag, die Präsidentschaft für die Saarregierung abwechselnd den vertretenden Staaten zu übertragen, zugestimmt hat, daß aber für das Jahr 1925 noch einmal der französische Staatsrat Rault Präsident der Saarregierung sein soll. Wir erinnern uns, daß der Völkerbundrat schon einmal einen Beschluß gefaßt hatte, durch den die Präsidentschaft des Herrn Rault bis zum 31. März 1925 befristet sein sollte. Von diesem Beschluß weicht man anscheinend im Völkerbundrat nichts mehr, oder man will nichts mehr wissen. Jedenfalls hat die französisch-englische Einigung bewirkt, daß Herr Rault abermals ein Jahr für die Durchführung der französischen Annexionspolitik im Saargebiet tätig sein soll.

Und dieses eine Jahr, vorausgesetzt, daß man inzwischen den Beschluß vom 11. März d. J. nicht abändert, dürfte für das Saargebiet von besonderer Bedeutung sein. Denn gerade jetzt befinden sich Fragen in der Schwebe, die unter der Präsidentschaft des Herrn Rault zweifellos eine Erledigung in französischem Sinne erfahren werden. Wir sehen von den zurzeit schwebenden deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarkwirtschaft und Saarkollgrenze ab. Hier hat man angeblich die Regierungskommission ausgeschlossen, da es sich lediglich um eine deutsch-französische Angelegenheit handle, in die die Regierungskommission nichts hineinreden habe. Das klingt so verblüffend sachlich und unparteiisch, daß man fast glauben möchte, es sei so. In Wirklichkeit ist es ein ganz raffiniert vorbereitetes taktisches Manöver. Die Regierungskommission hat man von französischer Seite „ausgeschaltet“, weil man, bevor die Deutschen nach Paris kamen, mit Herrn Rault schon alles so genau besprochen hat, daß der französische Standpunkt unter allen Umständen gesichert bleibt. Was der Vorsitzende der französischen Delegation, Serruys, mit der deutschen Delegation verhandelt, geschieht nach genau mit Herrn Rault vereinbarten Grundzügen. Herr Rault ist nicht umsonst noch kurz vor Beginn dieser deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarkwirtschaft in Paris gewesen.

Es steht dann zunächst die Frage der von Frankreich vorbereiteten Saarkolonisation zur Besprechung. Es ist schon außerordentlich bezeichnend, daß sowohl die Saarregierung wie auch die französische Regierung sich zu den Protesten aus dem Saargebiet in dieser Frage völlig in Stillschweigen gefüllt haben und daß man auch nichts davon erfahren hat, welche Begleitnotiz Herr Rault der Denkschrift der politischen Parteien über die Kolonisationsfrage gegeben hat. Man hat sich in Paris und in Saarbrücken mit Erfolg bemüht, diese unbedequate Erörterung über die neuen Währungsabsichten der französischen Regierung im Saargebiet zum Schweigen zu bringen. Wir würden nicht überrascht sein zu erfahren, daß der Völkerbundrat auf diese Frage auf seiner diesmahligen Tagung entweder überhaupt nicht eingegangen ist oder daß er sie vertagt hat. In beiden Fällen wäre die Regierungskommission entsprechend ihren bisherigen Methoden

in der Lage, nach den französischen Wünschen eine neue Währungsänderung durch Einführung der Saarkolonisation vorzunehmen, den Völkerbundrat dann vor eine vollendete Tat zu stellen, die dieser schließlich damit sanktioniert, daß er erklärt, der Auslegung der Regierungskommission nicht widersprechen zu können.

Die Wiederernennung Raults zum Präsidenten der Saarregierung ermöglicht es fernerhin, daß die schweren Anschuldigungen, die gegen Herrn Rault in der Kennel-Affäre und neuerdings in dem Spritandal gemacht wurden, der Vergessenheit übergeben werden und damit einer späteren Regierung die Möglichkeit genommen wird, diese Frage vor das Forum des Völkerbundes zu bringen. Wir begreifen also durchaus, daß Frankreich unter allen Umständen die Wiederwahl Raults verlangte, da nicht nur Prestigefragen Frankreichs, sondern sehr bedeutsame Korruptionsfragen mit der Person Raults zusammenhängen.

Die Frage der französischen Saarkolonisation hängt gleichfalls mit der Person des Herrn Rault zusammen. Es heißt zwar, daß der Völkerbundrat auch in dieser Frage bereits einen Beschluß gefaßt habe, dahingehend, daß die französische Saarkolonisation im Verlauf des nächsten Jahres möglichst ganz zurückgezogen werden soll, und daß die Regierungskommission bereits zugestimmt habe, im Laufe eines Monats 500 Mann zurückzuziehen. Es bekräftigt sich damit unsere an anderer Stelle wiedergegebene, vor dem Beschluß des Völkerbundes niedergeschriebene Auffassung, daß Herr Rault mit der Ankündigung der Zurückziehung der Saarkolonien französischen Jägerbataillons den entsprechenden günstigen Eindruck über seinen guten Willen zu machen verstand. Ein Jahr ist eine lange Zeit. Niemand weiß, wer in einem Jahre von den regierenden Staatsmännern, die heute auf die große Politik entscheidenden Einfluß ausüben, noch diese führende Rolle spielt. Was heute Herriot zugesagt hat, braucht im nächsten Jahre für einen zweiten Poincaré nicht maßgebend zu sein, genau so, wie die Zusage Mac Donalds, für einen neutralen Präsidenten der Saarregierung einzutreten, nicht mehr für Baldwin und Chamberlain bindend gewesen ist.

Wir stehen den Vorgängen in Genf, wie sie sich in der letzten Woche in der Saarfrage wieder gezeigt haben, mit großen Bedenken gegenüber. Diese werden nicht abgemildert, sondern verstärkt, wenn man erfährt, daß der Völkerbundsrat sich für die Ernennung Raults auf ein weiteres Jahr bereitfinden ließ, nachdem Herr Rault weitgehende Zugaben in der Besatzungsfrage gemacht habe: Zurückziehung der französischen Saarkolonisation noch in diesem Jahre und Aufstellung einer örtlichen Gendarmerie im Umfange von nur 1000 Mann. Was Rault hier zugesagt hat und ihm die Sympathien anscheinend des gesamten Völkerbundesrates eintrug, hätte er vertragsmäßig schon vor fünf Jahren durchführen müssen. Die französische Saarkolonisation durfte überhaupt nicht geduldet werden, sie lag aber im Rahmen der französischen Saarkolonisation. Die Besatzungsfrage mußte außerdem von selbst eine vertragsmäßige Lösung finden, da die deutsche Regierung in ihrer letzten Note kategorisch die Herstellung des vertragsmäßigen Zustandes gefordert hatte. Wenn Frankreich sich trotz seiner bisherigen Weigerung plötzlich für die Räumung des Saargebiets innerhalb eines Jahres entschieden haben soll — es bleibt abzuwarten, ob es auch zur Einlösung der Zusage kommt —, so ist ganz offensichtlich, daß Frankreich und Herr Rault besondere Gründe dafür haben, Herrn Rault noch im Jahre 1925-26 an der Spitze der Saarverwaltung zu sehen. Die Lösung des Rätsels ist nicht so schwer, wenn man sich den schwedischen Antrag und seine Auswirkungen näher betrachtet:

Bekanntlich steht die Regierungskommission aus fünf Mitgliedern. Nach § 16 des Kapitels II der Anlage zu Art. 45-50

des Versailler Vertrages legt sich die Kommission zusammen aus einem Franzosen, einem aus dem Saarbecken stammenden und dort ansässigen Nichtfranzosen und aus drei Mitgliedern, die drei anderen Ländern als Frankreich und Deutschland angehören und die in der nachstehenden Zusammenstellung der Räte wegen als „Neutrale“ bezeichnet sind. Für das Jahr 1925-26 soll Herr Kault Präsident bleiben. Es ergibt sich demnach folgender Wechselturnus:

1925-26 ein Franzose	1930-31
1926-27 ein Saarländer	1931-32
1927-28 ein „Neutraler“	1932-33
1928-29 ein „Neutraler“	1933-34
1929-30 ein „Neutraler“	1934-35

Am 31. März 1935 wurde die Amtsperiode für den dritten „Neutralen“ zum zweiten Mal zu Ende gehen, und ab 1. April 1935 würde wieder Frankreich den Präsidenten stellen. In dessen Amtszeit fällt demnach die im Sommer 1935 vorzunehmende Volksabstimmung an der Saar. Es dürfte wirklich nicht so schwer sein, das Interesse Frankreichs daran zu begreifen, daß die Abstimmung im Jahre 1935 unter der Präsidentschaft eines Franzosen in der Saarregierung stattfindet. Nach der Verteilung der Verwaltungszweige, wie sie unter Kault in der Saarverwaltung vorgenommen wurde, unterstehen drei Viertel bis vier Fünftel der Verwaltung dem Präsidenten der Saarregierung direkt. Die Machtmittel, die dadurch dem Präsidenten der Saarregierung zur Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung im Jahre 1935 an die Hand gegeben wurden, sind so erheblich, daß man verstehen kann, wenn Frankreich sich die Präsidentschaft für die Saarregierung im Abstimmungsjahr unter allen Umständen sichern will. Der schwedische Antrag, der in loyalster Form gestellt wurde im Interesse einer unparteiischen Verwaltungstätigkeit an der Saar, kam den Franzosen insofern gelegen, als die Endziele Frankreichs im Saargebiet durch geschickte Anwendung dieses Antrages zu erreichen sind. Jedenfalls hat sich Frankreich mit Hilfe dieses Antrages das Recht gesichert, die Abstimmung im Jahre 1935 unter einem französischen Präsidenten an der Saar durchzuführen. Dieser ist ihm mehr wert als die Beibehaltung der französischen Saarbesatzung. Daher die Forderung Frankreichs, Kault noch ein Jahr jetzt zu belassen, trotz seiner bereits fünfjährigen Präsidentschaft, dann muß Frankreich turnusgemäß auch ab 1. April 1935 den Präsidenten stellen.

*

Und die Saarbesatzung macht sich bodenständig!

Es hat sich gezeigt, daß die am 11. März von Genf aus verbreiteten Nachrichten über die angeblichen Vereinbarungen des Völkerbundes in der Saarfrage — Kault ein weiteres Jahr Präsident, aber Zurückziehung der französischen Saarbesatzung innerhalb eines Jahres — nur französische Manöver darstellten, um im Saargebiet wie auch anderswo nicht noch in letzter Stunde neue Protestaktionen gegen die Behandlung der Saarfrage zu veranlassen. Am 13. März hat sich der Rat in öffentlicher Sitzung mit der Saarfrage befaßt und beschlossen:

Herrn Kault und die übrigen Saarkommissionsmitglieder ein weiteres Jahr zu bestätigen!

Eine Bindung, Herrn Kault vom Jahre 1926 ab nicht wieder zum Präsidenten zu ernennen, ist jedoch der Rat nicht eingegangen. Der Berichterstatter über die Saarfrage, der Italiener Scialoja, stellte in seinem Bericht nur fest, daß die nochmalige Wiederwahl in keiner Weise die volle Handlungsfreiheit des Rates präjudizieren kann, der in einem Jahre über die Zusammenlegung der Regierungskommission und die Bestimmung des Präsidenten zu entscheiden haben wird. „Kein Mitglied der Kommission darf legitimerweise damit rechnen, daß sein Mandat von einem Jahr zum anderen verlängert wird, denn die durch den Rat vorgenommenen Ernennungen gelten jeweils nur für ein Jahr.“ (Trotzdem darf Frankreich mit Genugtuung feststellen, daß Herr Kault trotz des unglaublichen Stundals in der Saarregierung nun schon im 6. Jahr die französische Annexionspolitik an der Saar vertritt!) Der schwedische Außenminister Anden erklärte, daß er auf den Antrag der schwedischen Regierung nicht weiter bestehe, d. h. mit anderen Worten, daß er dem französischen Druck erlegen ist. Dem Berichterstatter der „Zeit“ ist aufgefallen, daß diesmal der Präsident der Saarregierungskommission, Kault, der im Verhandlungsaal anwesend war, nicht, wie sonst üblich, aufgefordert wurde, am Ratsstisch Platz zu nehmen.

In der Besatzungsfrage obliegt ebenfalls der französische Standpunkt. Der Berichterstatter sagt in seinem Bericht, daß die örtliche Gendarmerie am 31. März 755 Mann betragen habe und im Laufe des Jahres um weitere 500 Mann vermehrt wurde. Die Kommission erklärt in ihrem Bericht an den Völkerbundsrat, daß die Gendarmerie allein ungenügend sei, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Präsident der Regierungskommission Kault berichtete über die Entwicklung der Gendarmerie und die Finanzlage. Chamberlain erklärte Herrn Kault, die britische Regierung lege großen Wert darauf, daß die französischen Truppen so schnell als möglich über die Grenze des Saargebietes zurück-

gezogen werden. Herr Kault bemühte sich an Hand von allen möglichen Zahlen zu beweisen, daß es der Regierungskommission des Saargebietes trotz ihrer ehrlichen Bemühungen nicht möglich sei, die lokale Gendarmerie auf einen derartigen Stand zu bringen, daß die Sicherheit des Saargebietes gewährleistet sei. Er führte aus, daß er und seine Kommissionskollegen sich entschlossen hätten, den Stand für die lokale Gendarmerie auf 3000 Mann festzusetzen. Leider sei es aber mit Rücksicht auf den Mangel an geeigneten Renten (!) nicht möglich, diesen Stand zu erreichen. Chamberlain fragte darauf Herrn Kault mit aller Seelenruhe, ob es nicht möglich sei, die Gendarmerie wenigstens auf 1000 Mann zu bringen, damit die französischen Truppen zurückgezogen werden könnten. Verlegenes Aufsehlagen seitens des Herrn Kault, der erklärte, kein Mandat zu haben, um in dieser Frage jetzt schon Stellung nehmen zu können, aber versprach, sich innerhalb der Kommission (!) noch eingehend damit zu beschäftigen. Mit dieser Auskunft erklärte sich Chamberlain befriedigt (!), das entsprach seiner Vereinbarung mit Herriot.

Das Ergebnis der Saarverhandlung in Genf ist also: Kault bleibt Präsident der Saarregierung, er führt innerhalb der nächsten 14 Tage den wertlosen Grubenfranken ein, entzichtet weiter das Saargebiet, heutet es nach allen Regeln der Kunst zugunsten Frankreichs aus und auch die französische Besatzung bleibt in unverminderter Stärke an der Saar!

Völkerbundsmoral!

Auf jeden Fall beweist der Beschluß des Völkerbundesrates in der Frage der Wiederwahl Kaults, daß Frankreich seiner Taktik, Zeit zu gewinnen, tren geblieben ist, und daß es, so fürchten wir, mit dieser Taktik auch in der Saarfrage wieder Erfolg haben wird. Wir stehen jedenfalls dem Beschluß des Völkerbundesrates über die Wiederernennung Kaults außerordentlich skeptisch gegenüber und fürchten, daß er sich nach einem Jahr durch neu aufgeworfene Fragen beeinflussen lassen wird, Herrn Kault auch ein siebentes Jahr die französische Annexionspolitik im Saargebiet fortführen zu lassen. Ob der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der allgemein vorausgesetzt wird, erfolgt, ist allerdings eine andere Frage. Solange sich die politischen Bestrebungen gewisser Großmächte, darunter in erster Linie Frankreichs, nicht von Grund auf ändern, dürfte es schwer sein, innerhalb des Völkerbundes eine Änderung seiner bisherigen Politik herbeizuführen, die doch im Grunde nichts anderes bedeutet, als die Umkleidung politischer Machtbestrebungen und Gewaltmaßnahmen bestimmter Mächte gegenüber den schwachen und besiegten Ländern mit dem dünnen Firnis völkerbündnispolitischer Phrasen und Floskeln. Deutschland kann zwar innerhalb des Völkerbundes gegenüber solchen Bestrebungen energischen Widerstand leisten, es wird es aber kaum verhindern können, wenn eine Staatengruppe mit Vormachtstellung innerhalb des Völkerbundes seine machtpolitischen Bestrebungen fortsetzt. Es besteht dabei lediglich die Gefahr, daß man Deutschland für gewisse Beschlüsse des Völkerbundes dann mit verantwortlich macht, da es solche nicht verhinderte. Und wir fürchten, daß solche Vorwürfe dann auch aus dem Saargebiet kommen, wenn man erkennen muß, daß auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbundrat diesen nicht zu beeinflussen in der Lage ist.

*

Das Saargebiet und die Neuwahl des Präsidenten der Regierungskommission.

Die offensichtliche Verschärfung der Interessen des Saargebietes durch England bei der bevorstehenden Neuwahl des Präsidenten der Regierungskommission hat in politischen Kreisen des Saargebietes große Entrüstung hervorgerufen. An einer Wiederwahl des Herrn Kault konnte nach den Erklärungen Chamberlains in der erwähnten Unterhausführung nicht mehr gezweifelt werden. Die Widerstände der Saarbevölkerung gegen Herrn Kault richten sich in erster Linie nicht gegen die Person, sondern gegen das bisherige Regierungssystem, das durch eine Vormachtstellung Frankreichs gekennzeichnet war. Dieser im Versailler Vertrag keineswegs begründete ausschlaggebende französische Einfluß auf die Verwaltung des Saargebietes hat, um nur einige Beispiele anzuführen, zur Beibehaltung des französischen Militärs, zur zwangsweisen Einführung des französischen Franken, zum Erlaß der berüchtigten Notverordnung im März 1924 und zu einer auffallenden Vernachlässigung der wirtschaftlichen Interessen des Saargebietes hinsichtlich der Zollfrage geführt. Seitens der Landesratsfraktionen des Zentrums und der Deutsch-Saarländischen Volkspartei ist daher wiederholt die Forderung erhoben worden, die Machtbefugnisse des französischen Mitgliedes der Regierungskommission zu beschränken und zugleich die Präsidentschaft der Regierungskommission auf der Märztagung des Völkerbundes einem neutralen Mitgliede zu übertragen. Der Völkerbund würde seinem im Saargebiet schon sehr im Sinken begriffenen Ansehen den besten Dienst erweisen, wenn er sich trotz der Vereinbarungen

Auch in der Farbenfrage, das deutet Dr. Stresemann ebenfalls an, hat der verstorbene Reichspräsident volles Verständnis für die beiderseitigen Ansichten gehabt, und es entsprach ganz seinem nationalen Empfinden und seinem Willen, die parteipolitischen Gegensätze unter Berücksichtigung und Beachtung gegenteiliger Meinungen auszugleichen, wenn er auch in diesem Punkte nach einer dem Nationalbewußtsein des deutschen Volkes würdigen Lösung suchte. Wenn er in dieser Frage nicht mehr zu einer befriedigenden und versöhnenden Tat gekommen ist, so einmal, weil hier Verfassungsfragen im Wege standen und zum andern, weil sein unerwarteter Tod diese Regelung nicht mehr zuließ.

Wenn wir vom Gesichtspunkt des Saargebiets aus die Tätigkeit des Reichspräsidenten Ebert überblicken, so empfinden wir nicht nur rein menschliche Trauer über seinen Tod. Er war ein Sohn des Volkes, der mit zunehmender politischer Reife als Grundlage für die Wiedergeburt des deutschen Volkes und des Nationalbewußtseins das starke nationale Empfinden eines Volkes erkannte, für den Ausgleich der Gegensätze eintrat und für die Förderung des nationalen Gedankens

im deutschen Volke hervorragend tätig war, weil er Deutschland als sein Vaterland liebte, das er groß, frei und einig machen wollte. Wie kleinlich sind angesichts dieser Einstellung des Reichspräsidenten Ebert die zum Teil geradezu krankhaften Bemühungen, das Ansehen des Oberhauptes des deutschen Reiches seinem eigenen Volke und dem Auslande gegenüber herabzusetzen. Er war ein deutscher Mann, mit gesundem nationalen Empfinden und heißem Herzen für die Leiden und Kämpfe jener deutschen Volksgenossen, die nicht das Glück haben, im Schutze des Deutschen Reiches ihr nationales Leben zu führen. Das Saargebiet wird dem verstorbenen Reichspräsidenten ein immerwährendes treues Andenken bewahren, nicht nur, weil er ein guter Mensch, sondern ein ehrlicher, stolzer und nationaler Deutscher war. Die Parteien, die den Verstorbenen lediglich als Parteimann und Parteifreund betrachten, handeln nicht im Sinne des nun Entschlafenen, weil er nicht Parteimann, sondern Deutscher sein wollte. In seiner Gedankensphäre rief Reichstanzler Dr. Luther am Sarge des verstorbenen Reichspräsidenten dem deutschen Volke im Geiste des Toten die Mahnung zu, die auch wir im Interesse des Deutschlandkampfes an der Saar uns zu eigen machen: „Seid ein Volk, ein Vaterland!“

Rault bleibt im Amt.

Zur Durchführung der französischen Annexionsziele.

Was nach den letzten Mitteilungen über die französisch-englische Vereinbarung in der Saarfrage nicht mehr überraschen konnte, ist nun tatsächlich erfolgt: Herr Rault ist auf ein weiteres Jahr auf seinem Posten als Präsident der Saarregierung bestätigt worden. Am 11. März hat man sich in streng vertraulicher Sitzung mit der Ernennung der Saarregierungs-Kommissionsmitglieder beschäftigt. Was durch die einzelnen Pressevertreter in Genf darüber mitgeteilt wurde, lautet übereinstimmend dahin, daß zwar der Völkerbund dem noch von dem inzwischen verstorbenen schwedischen Ministerpräsidenten Branting gestellten Antrag, die Präsidentschaft für die Saarregierung abwechselnd den vertretenden Staaten zu übertragen, zugestimmt hat, daß aber für das Jahr 1925 noch einmal der französische Staatsrat Rault Präsident der Saarregierung sein soll. Wir erinnern uns, daß der Völkerbundrat schon einmal einen Beschluß gefaßt hatte, durch den die Präsidentschaft des Herrn Rault bis zum 31. März 1925 befristet sein sollte. Von diesem Beschluß weiß man anscheinend im Völkerbundrat nichts mehr, oder man will nichts mehr wissen. Jedenfalls hat die französisch-englische Einigung bewirkt, daß Herr Rault ab dem 1. April für die Durchführung der französischen Annexionspolitik im Saargebiet tätig sein soll.

Und dieses eine Jahr, vorausgesetzt, daß man inzwischen den Beschluß vom 11. März d. J. nicht abändert, dürfte für das Saargebiet von besonderer Bedeutung sein. Denn gerade jetzt befinden sich Fragen in der Schwebe, die unter der Präsidentschaft des Herrn Rault zweifellos eine Erledigung in französischem Sinne erfahren werden. Wir sehen von den zurzeit schwebenden deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarwirtschaft und Saargrenze ab. Hier hat man angeblich die Regierungskommission ausgeschlossen, da es sich lediglich um eine deutsch-französische Angelegenheit handle, in die die Regierungskommission nichts hineinzureden habe. Das klingt so verblüffend sachlich und unparteiisch, daß man fast glauben möchte, es sei so. In Wirklichkeit ist es ein ganz raffiniert vorbereitetes taktisches Manöver. Die Regierungskommission hat man von französischer Seite „ausgeschaltet“, weil man, bevor die Deutschen nach Paris kamen, mit Herrn Rault schon alles so genau besprochen hat, daß der französische Standpunkt unter allen Umständen gesichert bleibt. Was der Vorsitzende der französischen Delegation, Serzys, mit der deutschen Delegation verhandelt, geschieht nach genau mit Herrn Rault vereinbarten Grundzügen. Herr Rault ist nicht umsonst noch kurz vor Beginn dieser deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarwirtschaft in Paris gewesen.

Es steht dann zunächst die Frage der von Frankreich vorbereiteten Saarmährung zur Besprechung. Es ist schon außerordentlich bezeichnend, daß sowohl die Saarregierung wie auch die französische Regierung sich zu den Protesten aus dem Saargebiet in dieser Frage völlig in Stillschweigen gefüllt haben und daß man auch nichts davon erfahren hat, welche Begleitnotiz Herr Rault der Dentschrift der politischen Parteien über diese Mährungsfrage gegeben hat. Man hat sich in Paris und in Saarbrücken mit Erfolg bemüht, diese unbedeutende Erörterung über die neuen Mährungsabsichten der französischen Regierung im Saargebiet zum Schweigen zu bringen. Wir würden nicht überrascht sein zu erfahren, daß der Völkerbundrat auf diese Frage auf seiner diesmaligen Tagung entweder überhaupt nicht eingegangen ist oder daß er sie vertagt hat. In beiden Fällen wäre die Regierungskommission entsprechend ihren bisherigen Methoden

in der Lage, nach den französischen Wünschen eine neue Mährungsänderung durch Einführung der Saarmährung vorzunehmen, den Völkerbundrat dann vor eine vollendete Tat zu stellen, die dieser schließlich damit sanktioniert, daß er erklärt, der Auslegung der Regierungskommission nicht widersprechen zu können.

Die Wiederernennung Raults zum Präsidenten der Saarregierung ermöglicht es fernerhin, daß die schweren Anschuldigungen, die gegen Herrn Rault in der Kennel-Affäre und neuerdings in dem Spritandal gemacht wurden, der Vergessenheit übergeben werden und damit einer späteren Regierung die Möglichkeit genommen wird, diese Frage vor das Forum des Völkerbundes zu bringen. Wir begreifen also durchaus, daß Frankreich unter allen Umständen die Wiederwahl Raults verlangte, da nicht nur Prestigefragen Frankreichs, sondern sehr bedeutsame Korruptionsfragen mit der Person Raults zusammenhängen.

Die Frage der französischen Saarbefatzung hängt gleichfalls mit der Person des Herrn Rault zusammen. Es heißt zwar, daß der Völkerbundrat auch in dieser Frage bereits einen Beschluß gefaßt habe dahingehend, daß die französische Saarbefatzung im Verlauf des nächsten Jahres möglichst ganz zurückgezogen werden soll, und daß die Regierungskommission bereits zugestimmt habe, im Laufe eines Monats 500 Mann zurückzuziehen. Es bekräftigt sich damit unsere an anderer Stelle wiedergegebene, vor dem Beschluß des Völkerbundes niedergeschriebene Auffassung, daß Herr Rault mit der Ankündigung der Zurückziehung des saarländischen französischen Jägerbataillons den entsprechenden günstigen Eindruck über seinen guten Willen zu machen verstand. Ein Jahr ist eine lange Zeit. Niemand weiß, wer in einem Jahre von den regierenden Staatsmännern, die heute auf die große Politik entscheidenden Einfluß ausüben, noch diese führende Rolle spielt. Was heute Herriot zugefagt hat, braucht im nächsten Jahre für einen zweiten Voltaire nicht maßgebend zu sein, genau so, wie die Zusage Mac Donalbs, für einen neutralen Präsidenten der Saarregierung einzutreten, nicht mehr für Baldwin und Chamberlain bindend gewesen ist.

Wir stehen den Vorgängen in Genf, wie sie sich in der letzten Woche in der Saarfrage wieder gezeigt haben, mit großen Bedenken gegenüber. Diese werden nicht abgemildert, sondern verstärkt, wenn man erfährt, daß der Völkerbundrat sich für die Ernennung Raults auf ein weiteres Jahr bereitfinden ließ, nachdem Herr Rault weitgehende Zusagen in der Befatzungsfrage gemacht habe: Zurückziehung der französischen Saarbefatzung noch in diesem Jahre und Aufstellung einer örtlichen Gendarmerie im Umfange von nur 1000 Mann. Was Rault hier zugefagt hat und ihm die Sympathien anscheinend des gesamten Völkerbundesrates eintrug, hätte er vertragsmäßig schon vor fünf Jahren durchführen müssen: Die französische Saarbefatzung dürfte überhaupt nicht geduldet werden, sie lag aber im Rahmen der französischen Saarpolitik. Die Befatzungsfrage mußte außerdem von selbst eine vertragsmäßige Lösung finden, da die deutsche Regierung in ihrer letzten Note kategorisch die Herstellung des vertragsmäßigen Zustandes gefordert hatte. Wenn Frankreich sich trotz seiner bisherigen Weigerung plötzlich für die Räumung des Saargebiets innerhalb eines Jahres entschieden haben soll — es bleibt abzuwarten, ob es auch zur Einlösung der Zusage kommt —, so ist ganz offensichtlich, daß Frankreich und Herr Rault besondere Gründe dafür haben, Herrn Rault noch im Jahre 1925-26 an der Spitze der Saarverwaltung zu sehen. Die Lösung des Rätsels ist nicht so schwer, wenn man sich den schwedischen Antrag und seine Auswirkungen näher betrachtet:

Bekanntlich steht die Regierungskommission aus fünf Mitgliedern. Nach § 16 des Kapitels II der Anlage zu Art. 45-50

des Versailler Vertrages setzt sich die Kommission zusammen aus einem Franzosen, einem aus dem Saarbecken stammenden und dort ansässigen Nichtfranzosen und aus drei Mitgliedern, die drei anderen Ländern als Frankreich und Deutschland angehören und die in der nachstehenden Zusammenstellung der Ränge wegen als „Neutrale“ bezeichnet sind. Für das Jahr 1925-26 soll Herr Kault Präsident bleiben. Es ergibt sich demnach folgender Wechselturnus:

1925-26 ein Franzose	1930-31
1926-27 ein Saarländer	1931-32
1927-28 ein „Neutraler“	1932-33
1928-29 ein „Neutraler“	1933-34
1929-30 ein „Neutraler“	1934-35

Am 31. März 1935 würde die Amtsperiode für den dritten „Neutralen“ zum zweiten Mal zu Ende gehen, und ab 1. April 1935 würde wieder Frankreich den Präsidenten stellen. In dessen Amtszeit fällt demnach die im Sommer 1935 vorzunehmende Volksabstimmung an der Saar. Es dürfte wirklich nicht so schwer sein, das Interesse Frankreichs daran zu begreifen, daß die Abstimmung im Jahre 1935 unter der Präsidentschaft eines Franzosen in der Saarregierung stattfindet. Nach der Verteilung der Verwaltungszweige, wie sie unter Kault in der Saarverwaltung vorgenommen wurde, unterstehen drei Viertel bis vier Fünftel der Verwaltung dem Präsidenten der Saarregierung direkt. Die Machtmittel, die dadurch dem Präsidenten der Saarregierung zur Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung im Jahre 1935 an die Hand gegeben wurden, sind so erheblich, daß man versprechen kann, wenn Frankreich sich die Präsidentschaft für die Saarregierung im Abstimmungsjahr unter allen Umständen sichern will. Der schwedische Antrag, der in loyalster Form gestellt wurde im Interesse einer unparteiischen Verwaltungstätigkeit an der Saar, kam den Franzosen insofern gelegen, als die Endziele Frankreichs im Saargebiet durch geschickte Anwendung dieses Antrages zu erreichen sind. Jedenfalls hat sich Frankreich mit Hilfe dieses Antrages das Recht gesichert, die Abstimmung im Jahre 1935 unter einem französischen Präsidenten an der Saar durchzuführen. Dieser ist ihm mehr wert als die Beibehaltung der französischen Saarbesatzung. Daher die Forderung Frankreichs, Kault noch ein Jahr fest zu belassen, trotz seiner bereits fünfjährigen Präsidentschaft, dann muß Frankreich turnusgemäß auch ab 1. April 1935 den Präsidenten stellen.

*

Und die Saarbesatzung macht sich bodenständig!

Es hat sich gezeigt, daß die am 11. März von Genf aus verbreiteten Nachrichten über die angeblichen Vereinbarungen des Völkerbundes in der Saarfrage — Kault ein weiteres Jahr Präsident, aber Zurückziehung der französischen Saarbesatzung innerhalb eines Jahres — nur französische Manöver darstellten, um im Saargebiet wie auch anderswo nicht noch in letzter Stunde neue Protestaktionen gegen die Behandlung der Saarfrage zu veranlassen. Am 13. März hat sich der Rat in öffentlicher Sitzung mit der Saarfrage befaßt und beschlossen:

Herrn Kault und die übrigen Saarkommissionsmitglieder ein weiteres Jahr zu bestätigen!

Eine Bindung, Herrn Kault vom Jahre 1926 ab nicht wieder zum Präsidenten zu ernennen, ist jedoch der Rat nicht eingegangen. Der Berichterstatter über die Saarfrage, der Italiener Scialoja, stellte in seinem Bericht nur fest, daß die nochmalige Wiederwahl in keiner Weise die volle Handlungsfreiheit des Rates präjudizieren kann, der in einem Jahre über die Zusammenlegung der Regierungskommission und die Bestimmung des Präsidenten zu entscheiden haben wird. „Kein Mitglied der Kommission darf legitimerweise damit rechnen, daß sein Mandat von einem Jahr zum anderen verlängert wird, denn die durch den Rat vorgenommenen Ernennungen gelten jeweils nur für ein Jahr.“ (Trotzdem darf Frankreich mit Genugtuung feststellen, daß Herr Kault trotz des unglaublichen Stands in der Saarregierung nun schon im 6. Jahr die französische Annexionspolitik an der Saar vertritt!) Der schwedische Außenminister Anden erklärte, daß er auf den Antrag der schwedischen Regierung nicht weiter bestche, d. h. mit anderen Worten, daß er dem französischen Druck erlegen ist. Dem Berichterstatter der „Zeit“ ist aufgefallen, daß diesmal der Präsident der Saarregierungskommission, Kault, der im Verhandlungsaal anwesend war, nicht, wie sonst üblich, aufgefordert wurde, am Ratstisch Platz zu nehmen.

In der Besatzungsfrage obliegt ebenfalls der französische Standpunkt. Der Berichterstatter sagt in seinem Bericht, daß die örtliche Gendarmerie am 31. März 755 Mann betragen habe und im Laufe des Jahres um weitere 500 Mann vermehrt wurde. Die Kommission erklärt in ihrem Bericht an den Völkerbundsrat, daß die Gendarmerie allein ungenügend sei, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Präsident der Regierungskommission Kault berichtete über die Entwicklung der Gendarmerie und die Finanzlage. Chamberlain erklärte Herrn Kault, die britische Regierung lege großen Wert darauf, daß die französischen Truppen so schnell als möglich über die Grenze des Saargebietes zurück-

gezogen werden. Herr Kault bemühte sich an Hand von allen möglichen Zahlen zu beweisen, daß es der Regierungskommission des Saargebietes trotz ihrer eifrigen Bemühungen nicht möglich sei, die lokale Gendarmerie auf einen derartigen Stand zu bringen, daß die Sicherheit des Saargebietes gewährleistet sei. Er führte aus, daß er und seine Kommissionskollegen sich entschlossen hätten, den Stand für die lokale Gendarmerie auf 3000 Mann festzusetzen. Leider sei es aber mit Rücksicht auf den Mangel an geeigneten Leuten (!) nicht möglich, diesen Stand zu erreichen. Chamberlain fragte darauf Herrn Kault mit aller Seelenruhe, ob es nicht möglich sei, die Gendarmerie wenigstens auf 1000 Mann zu bringen, damit die französischen Truppen zurückgezogen werden könnten. Verlegenes Aufsehn seitens des Herrn Kault, der erklärte, sein Mandat zu haben, um in dieser Frage jetzt schon Stellung nehmen zu können, aber versprach, sich innerhalb der Kommission (!) noch eingehend damit zu beschäftigen. Mit dieser Auskunft erklärte sich Chamberlain befriedigt (!), das entsprach seiner Vereinbarung mit Herriot.

Das Ergebnis der Saarverhandlung in Genf ist also: Kault bleibt Präsident der Saarregierung, er führt innerhalb der nächsten 14 Tage den wertlosen Grubenfranken ein, entzichtet weiter das Saargebiet, beutet es nach allen Regeln der Kunst zugunsten Frankreichs aus und auch die französische Besatzung bleibt in unverminderter Stärke an der Saar!

Völkerbundsmoral!

Auf jeden Fall beweist der Beschluß des Völkerbundesrates in der Frage der Wiederwahl Kaults, daß Frankreich seiner Taktik, Zeit zu gewinnen, tren geblieben ist, und daß es, so fürchten wir, mit dieser Taktik auch in der Saarfrage wieder Erfolg haben wird. Wir stehen jedenfalls dem Beschluß des Völkerbundesrates über die Wiederernennung Kaults außerordentlich skeptisch gegenüber und fürchten, daß er sich nach einem Jahr durch neu aufgeworfene Fragen beeinflussen lassen wird, Herrn Kault auch ein siebentes Jahr die französische Annexionspolitik im Saargebiet fortführen zu lassen. Ob der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der allgemein vorausgesetzt wird, erfolgt, ist allerdings eine andere Frage. Solange sich die politischen Bestrebungen gewisser Großmachtsstaaten, darunter in erster Linie Frankreichs, nicht von Grund auf ändern, dürfte es schwer sein, innerhalb des Völkerbundes eine Veränderung seiner bisherigen Politik herbeizuführen, die doch im Grunde nichts anderes bedeutet, als die Umkleidung politischer Machtbestrebungen und Gewaltmaßnahmen bestimmter Machtsstaaten gegenüber den schwachen und besiegten Ländern mit dem dünnen Firnis völkerbundpolitischer Phrasen und Floskeln. Deutschland kann zwar innerhalb des Völkerbundes gegenüber solchen Bestrebungen energischen Widerstand leisten, es wird es aber kaum verhindern können, wenn eine Staatengruppe mit Vormachtstellung innerhalb des Völkerbundes seine machtpolitischen Bestrebungen fortsetzt. Es besteht dabei lediglich die Gefahr, daß man Deutschland für gewisse Beschlässe des Völkerbundes dann mit verantwortlich macht, da es solche nicht verhinderte. Und wir fürchten, daß solche Vorwürfe dann auch aus dem Saargebiet kommen, wenn man erkennen muß, daß auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbundrat diesen nicht zu beeinflussen in der Lage ist.

*

Das Saargebiet und die Neuwahl des Präsidenten der Regierungskommission.

Die offensichtliche Verschärfung der Interessen des Saargebietes durch England bei der bevorstehenden Neuwahl des Präsidenten der Regierungskommission hat in politischen Kreisen des Saargebietes große Entrüstung hervorgerufen. An einer Wiederwahl des Herrn Kault konnte nach den Erklärungen Chamberlains in der erwähnten Unterhausitzung nicht mehr gezweifelt werden. Die Widerstände der Saarbevölkerung gegen Herrn Kault richten sich in erster Linie nicht gegen die Person, sondern gegen das bisherige Regierungssystem, das durch eine Vormachtstellung Frankreichs gekennzeichnet war. Dieser im Versailler Vertrag keineswegs begründete ausschlaggebende französische Einfluß auf die Verwaltung des Saargebietes hat, um nur einige Beispiele anzuführen, zur Beibehaltung des französischen Militärs, zur zwangsweisen Einführung des französischen Frankens, zum Erlaß der berüchtigten Notverordnung im März 1924 und zu einer auffallenden Vernachlässigung der wirtschaftlichen Interessen des Saargebietes hinsichtlich der Zollfrage geführt. Seitens der Landesratsfraktionen des Zentrums und der Deutsch-Saarländischen Volkspartei ist daher wiederholt die Forderung erhoben worden, die Machtbefugnisse des französischen Mitgliedes der Regierungskommission zu beschränken und zugleich die Präsidentschaft der Regierungskommission auf der Märztagung des Völkerbundes einem neutralen Mitgliede zu übertragen. Der Völkerbund würde seinem im Saargebiet schon sehr im Sinken begriffenen Ansehen den besten Dienst erweisen, wenn er sich trotz der Vereinbarungen

politischen Herriot und Chamberlain endlich dazu entschlossen, die Forderung des Saargebietes auf Ernennung eines neutralen Präsidenten der Regierungskommission nachzukommen. Der von schwedischer Seite eingebrachte Antrag, den Präsidenten der Saarregierung abwechselnd durch die Staaten stellen zu lassen, die dem Völkerbund angehören, bot hierzu einen geeigneten Weg. Leider ist man ihn aus allzu durchsichtigen Gründen nicht gegangen.

Ein scharfes Urteil über Kaults Miswirtschaft.

Es stellt sich immer klarer heraus, daß eine Fortsetzung des heutigen Regimes im Saargebiet unmöglich ist. Die Regierungskommissare im Saargebiet kümmern sich zumeist um die Interessen des ihnen anvertrauten Landes nicht. In den letzten Tagen wurde dieses Mißverhältnis in einer erschreckenden Weise offenbart. Das Saargebiet ist seit dem 10. Januar 1925 von seinem deutschen Absatzgebiet getrennt, der französische Markt ist zur Aufnahme der meisten saarländischen Produkte nicht imstande. Das wußte man seit Jahren. Trotzdem tat der Regierungskommissar nichts, die Gefahr zu bannen. Heute droht die Katastrophe. Die weiterverarbeitende Eisenindustrie plant die Entlassung eines Drittels ihrer Arbeiterschaft, während die keramische Industrie mit einer Entlassung von 60 Proz. rechnet.

Die Saarregierung aber kümmert sich um nichts. So sieht sich die Reichsregierung gezwungen, die Existenzfristung der Saarbevölkerung durch Zugeständnisse an Elßaß-Lothringen zu erkaufen, während sich die zuständigen Völkerbundsbeauftragten für desinteressiert erklären. Man hat einmal daran gezweifelt,

daß das Saargebiet seiner inneren Zusammengehörigkeit nach rein deutsch sei. Wer bestimmt sich aber heute allein in der Welt um das Saargebiet? Weder Frankreich noch die Völkerbundsbeauftragten, denen man das Land anvertraut hat, — sondern lediglich das geschlagene und verarmte Deutschland, dem man das Land für 15 Jahre genommen hat.

Die Enthüllungen des zurückgetretenen Saarministers Waugh in der „New York World“ erhellten die Zusammenhänge. Sie kompromittieren das Regime Kaults vollends. Waugh schreibt folgendes über das Regime Kaults im Saargebiet:

„Das französische, das belgische und das dänische (jetzt tschechische) Mitglied der Saarregierung, die Mehrheit also, waren nach Waugh nicht nur Frankreich freundlich, sondern führten auch Instruktionen der französischen Regierung unmittelbar aus. Gegen seinen Protest, so schreibt Waugh, habe Herr Kault ein eigenes Bureau in Paris eingerichtet, dessen Unkosten aus der Kasse des Saargebietes bezahlt würden. Durch dieses Bureau gehe die heimliche Verbindung mit der französischen Regierung. Die Protokolle über alle Sitzungen der Regierungskommission wurden schleunigst an dieses Bureau in Paris gesandt, wo sie dann für die einzelnen (französischen) Regierungsdepartements zugänglich waren.“

Unter diesen Umständen ist es allerdings nicht wunderlich, daß die saarländischen Interessen für diesen seltsamen Treuhänder des Völkerbundes bedeutungslos bleiben. Das Saargebiet ist heute eine von den französischen Regierungsstellen geleitete Kolonie, für deren Wohlergehen Frankreich nicht einmal vor der Welt verantwortlich ist. Es ist anzunehmen, daß die sensationellen Enthüllungen Waughs auf der Genfer Tagung des Völkerbundsrates eine Rolle spielen werden.

Die beabsichtigte zweite Währungsänderung im Saargebiet.

Die politischen Parteien des Landrats und zwar die Zentrums- und Deutsch-saarländische Volkspartei haben dem Völkerbundsrat folgende Denkschrift in der Währungsfrage überreicht:

Der französische Finanzminister Herr Clémentel, hat in der Sitzung des französischen Senats vom 30. Dezember 1924 erklärt, daß

„die französische Regierung die Absicht habe, im Saargebiet Geldzeichen, auf französische Franken lautend, gedeckt durch das Vermögen der im Besitz des französischen Staates befindlichen Saarkohlengruben und gesichert durch eine Bürgschaft der Bank von Frankreich, einzuführen. Diese Geldzeichen sollen gegen die jetzt umlaufenden Noten der Bank von Frankreich ausgetauscht werden. Ein ähnlicher Notenaustausch soll in Madagaskar stattfinden.“

Der Zweck dieser Maßnahme ist, das Notenkontingent der Bank von Frankreich um den Betrag der im Saargebiet und Madagaskar umlaufenden französischen Geldzeichen zu entlasten. Das heißt: Diese für das Saargebiet neu zu schaffenden Geldzeichen werden dann nicht mehr durch den Goldbestand der Bank von Frankreich gedeckt sein, sondern die Deckung findet nur durch die Immobilien der Saarkohlengruben statt; sie sind also Schuldverschreibungen der Saarkohlengruben, die von der Bank von Frankreich garantiert werden.

Ein industrielles Unternehmen, denn das sind die französischen Saarkohlengruben, soll also Schuldverschreibungen ausgeben mit der Behauptung, diese Schuldverschreibungen seien Geld, das jedermann nehmen müsse. Schuldverschreibungen sind aber noch lange nicht ohne weiteres Geld. Es ist allgemein bekannt, daß die Regierung beim großen Publikum, Schuldverschreibungen anzunehmen, dadurch gefördert werden muß, daß mehr oder weniger hohe Zinsen dafür bezahlt werden. So ist es möglich, diese Schuldverschreibungen einem beschränkten Kreise von Käufern zuzuführen, der sie als Anlagepapiere annimmt. Deshalb wurde auch z. B. bei der deutschen Rentenmark die Möglichkeit gegeben, die unverzinslichen Schuldverschreibungen einzutauschen. Niemand jedoch wird auf den Gedanken kommen, zinslose Schuldverschreibungen als vollwertig anzunehmen, auch dann nicht, wenn sie den Ausdruck Geld tragen.

Es ist allgemein bekannt, daß die großen Kurschwankungen des französischen Franken auf seine ungenügende Golddeckung zurückzuführen sind. Um wieviel weniger stabil wird nun der sogenannte Grubenfranken sein, der gar nicht durch Gold gedeckt ist? Dieses Grubengeld wird weder wertvoll, noch stabil, noch verkehrsfähig sein. Infolgedessen wird weder die Saarbevölkerung noch die elßaß-lothringische Bevölkerung, der dieses Geld auch zugedacht sein soll, geneigt das neue Grubengeld anzunehmen. Bei den Bewohnern von Madagaskar ist dies vielleicht eher möglich.

Zudem war Herr Clémentel selbst noch im Spätherbst vorigen Jahres der Meinung, daß die Schaffung einer saarländischen Währung, aufgebaut auf den Kohlenvorräten oder auf der laufenden Kohlenausbeute der Saarkohlengruben, denselben Erfolg haben würde, wie die Ausgabe der Geldscheine, die die französisch-belgische Eisenbahnregie ausgegeben hat. Sie wird daher allerseits im gegenwärtigen Zeitpunkt als praktisch unmöglich bezeichnet. Diese Auffassung ist richtig, denn der Regierfranken war nichts wert, und jedermann hat gesucht, ihn möglichst rasch wieder abzustoßen, also einen Dümmeren zu finden, der ihn nehmen wollte.

Man hat sich nun darauf berufen, daß zwischen der Bank von Frankreich und der Regierungskommission des Saargebietes kein Vertrag über den Umlauf des französischen Franken abgeschlossen und daß daher die Bank von Frankreich berechtigt wäre, ihr Geld zurückzuziehen. Wenn Frankreich diesen Rechtsanspruch tatsächlich erheben sollte, so ist darauf hinzuweisen, daß der Vertreter Frankreichs in der Regierungskommission, Herr Präsident Kault, in Übereinstimmung mit dem damaligen französischen Ministerpräsidenten, Herrn Poincaré, den Franken als alleinige gesetzliche Währung gegen den Willen der Bevölkerung im Saargebiet eingeführt hat; daß ferner der Völkerbundsrat in seiner Sitzung vom 7. Juli 1923 unter Zustimmung des französischen Vertreters, Herrn Hanotaux, die Einführung des französischen Franken als alleinige gesetzliche Währung gutgeheißen hat. In allen Fällen also haben die Vertreter Frankreichs nicht nur zugestimmt, sondern auch alles mögliche getan, den Franken zur gesetzlichen Währung im Saargebiet zu erheben. Damit hat Frankreich der Saarbevölkerung und dem Völkerbundsrate gegenüber die Verpflichtung übernommen, seine eigene Währung im Saargebiet aufrechtzuerhalten. Wie kann nun dasselbe Frankreich mit der Begründung, es sei kein Vertrag zustande gekommen, dazu übergehen, an Stelle des französischen Franken dem Saargebiet einen ganz minderwertigen Frankenersatz anzubieten, der der Saarbevölkerung den größten Schaden zufügen muß?

Der geplante Geldersatz ist überhaupt kein Geld, also auch kein französisches, dessen Umlauf nach § 32 des Saarstatuts im Saargebiet geduldet werden müßte. Seine Einführung stände also in Widerspruch mit dem Vertrage von Versailles; sie stände aber auch im Widerspruch mit der Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes vom 18. Mai 1923, deren § 1 als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel die französische Währung einführt und deren § 16 lautet:

„Wer unbefugt Banknoten oder sonstige auf den Inhaber lautende unverzinsliche Schuldverschreibungen ausgibt, wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem Zehnfachen des Betrages der von ihm ausgegebenen Wertzeichen gleichkommt.“

Im übrigen sind wir der Ansicht, daß die Schwierigkeiten Frankreichs am besten dadurch gemindert werden können, daß im Saargebiet wieder der vertragliche Zustand hergestellt wird, wonach die deutsche Reichsmark die gesetzliche Währung des Saargebietes bildet.

Wir bitten daher den Hohen Rat des Völkerbundes, auf die Regierungskommission des Saargebietes dahin einwirken zu wollen, daß sie sofort mit dem Deutschen Reiche in Verbindung tritt, um die deutsche Reichsmark als gesetzliche Zahlungsmittel wieder im Saargebiete einzuführen.

★

Die Frage der neuen Saarwährung wird von Frankreich und der Saarregierung in aller Stille weiter gefördert, ohne daß man sich um Proteste, Vertragsbestimmungen und gesetzliche Vorschriften kümmert. Die Zusammenkunft Herriots und Chamberlains vor der Ratstagung in Genf hat offenbar auch dazu geführt, die Frage der Saarwährung auf der jetzigen Tagung nicht

anschnitten zu lassen. Bis zur nächsten Tagung ist die Saarwährung eingeführt und der Völkerbund wird später dahin entscheiden, „daß es nicht möglich ist, noch eine dritte Währungs-umstellung vorzunehmen.“ Also wird er es bei der von Frankreich und der Saarregierung eingeführten neuen Saarwährung belassen, wenn es auch gegen Vertrag, gute Sitten, Treue und Glauben verstößt. Den Völklinger Volksfreund will erfahren haben, daß die Noten für die neue saarländische Währung in Saarbrücken bereits gedruckt seien. Wir halten diese Nachricht durchaus für glaubhaft und werden nicht überrascht sein, wenn man innerhalb von 14 Tagen nach der Ratstagung in Genf im Saargebiet auf dem Verordnungswege erfährt, daß das Saargebiet über Nacht die neue Saarwährung erhalten hat. Im Völkerbundsland an der Saar ist es nicht nötig, sich darüber Gewissensbisse zu machen, ob die Bevölkerung mit solchem Tun einverstanden ist, oder nicht. Sie hat hinzunehmen und dankbar dafür zu sein, was man ihr bietet und sei es auch der Raub ihres Rechtes und ihrer Wohlfahrt.

Das Saargebiet im Rahmen der deutsch-französischen Wirtschafts-Verhandlungen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben bekanntlich eine Unterbrechung von 14 Tagen erfahren, damit das in monatelangen Verhandlungen sich herauskristallisierte Ergebnis der beiderseitigen Wünsche und Zugeständnisse geordnet und formuliert werden kann, um auf Grund dieser Vorbereitungen am 16. März erneut in Verhandlungen eintreten zu können, die zum Abschluß eines Handelsprovisoriums führen sollen. Der bisher ergebnislose Verlauf dieser deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen hat auch für das Saargebiet schwerwiegende Weiterungen gebracht insofern, als die französische Zollgrenze um das Saargebiet gezogen wurde. Gegen Deutschland besteht also seit dem 10. Januar eine Zollmauer, die dem saarländischen Wirtschaftsleben jede Lebenszufuhr von Deutschland her verwehrt. Zwischen dem französischen Handelsminister und dem Führer der bürgerl. ist vereinbart worden, daß über die Saarwirtschaftsfrage besondere Vereinbarungen geführt werden sollen, die am 10. Januar in Paris ihren Anfang nehmen sollten. Die „Saarbrücker Zeitung“ läßt sich über diese Verhandlungen von ihrem Berliner Vertreter dahin informieren, daß man auf französischer Seite endlich zu der Einsicht gelangt sei, daß der Zustand, der sich mit dem 10. Januar für das Saargebiet herausgebildet hat, nicht länger bestehen bleiben könne. Aus Kreisen der deutschen Delegation sei dem Vertreter des Blattes versichert worden, daß von dem Abschluß eines Provisoriums nicht die Rede sein könne, bevor dieser Fragenkomplex nicht beseitigt worden sei. Weiter meldet der Berliner Vertreter, daß die Reichsregierung an die französische Regierung eine Anfrage gerichtet habe, wann die Sonderverhandlungen über das Saargebiet beginnen könnten. Die französische Regierung habe darauf geantwortet, daß sie zur Beprengung der zur Diskussion stehenden Fragen am Sonntag, den 7. ds. Mts., bereit sei. Die mit der Führung der saarländischen Wirtschaftsverhandlungen betraute deutsche Delegation hat sich unter Führung des Geheimrats von Friedberg, des Referenten des

Saargebietes im Auswärtigen Amt, bereits nach Paris begeben. Auch eine Delegation von saarländischen Wirtschaftsjachverständigen hat sich nach Paris begeben und nahm am 11. März erstmalig an den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen über die Saarzollfrage teil.

Es wird sich also schon in den nächsten Tagen entscheiden, ob man in Frankreich sich bei der Behandlung der Wirtschaftsfragen im Saargebiet von rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten oder von politischen Erwägungen wird leiten lassen. Sämtliche Wirtschaftsjachverständige, einschließlich der französischen und selbst die französisch-saarländische Handelskammer ist der Überzeugung, daß, wenn dem wirtschaftlichen Chaos im Saargebiet abgeholfen werden soll, die einzige Möglichkeit darin besteht, den Zustand wieder herzustellen, wie er vor dem 10. Januar bestand, unter der Voraussetzung allerdings, daß die Saarregierung nicht aus politischen Zielen die hemmungslose wirtschaftliche Verbundenheit des Saargebietes mit dem übrigen Deutschland sabotieren würde. Alle anderen Vereinbarungen, die jetzt auf Grund der wirtschaftlichen Notlage im Saargebiet von französischer Seite aus erstrebt werden, sind nichts anderes als ein Notbehelf, der aber nur beweist, daß die politische Regelung für das Saargebiet nach den Bestimmungen von Versailles ein wirtschaftlicher Blindflinn ist, der auf Grund des Artikels 19 der Völkerbund-satzung zu befeitigen ist. Leider sehen wir trotz der Regierung Herriot keine Anzeichen dafür, daß von französischer Seite Vernunftgründe bei der Regelung der Wirtschaftsfragen für das Saargebiet ausschlaggebend sein werden. Auch die Regierung Herriot hofft noch immer, wenigstens einen Teil ihrer Annexionsabsichten im Saargebiet durchzuführen zu können, und sei es selbst über den Trümmerhaufen der Saarwirtschaft hinweg. Wir würden uns freuen, wenn der Gang der Verhandlungen in Paris uns widersprechen würde.

England und das Saargebiet.

Im englischen Unterhaus spielte am 5. März das Saargebiet abermals eine gewisse Rolle. Von liberaler Seite wurden der englischen Regierung Vorwürfe darüber gemacht, daß sie sich in der Saarfrage die Hände gebunden hätte. Der Abgeordnete Runciman wies darauf hin, daß die neutrale öffentliche Meinung in England, auf dem Kontinent und in den Vereinigten Staaten sich gefragt habe,

warum die französische Regierung sich so eifrig in dem Saarlöhngelände betätige, warum sie hundert Millionen Francs für ständige Zollgebäude ausgegeben habe, und warum die Garnisonen ausschließlich aus Franzosen beständen. Warum werde das französische Element in dem Saargebiet ermutigt und das deutsche entmutigt? Wenn die Verwaltung des Saargebietes nicht streng unparteiisch bis zur Volksabstimmung von 1935 sei, so werde das Saarproblem eines der schwierigsten Probleme werden, welches die britischen und französischen Staatsmänner zu lösen haben werden.

In Erwiderung auf die von Runciman an der Verwaltung des Saargebietes geübte Kritik erklärte Chamberlain, er rechne das Saargebiet nicht zu den Gefahrpunkten von Europa. Er sei nicht geneigt, alles, was in der Verwaltung des Saargebietes vorkäme, zu verteidigen. Eine große Zahl von

Klagen sei jedoch unberechtigt, und wenn etwas Unrechtes geschehen sei, so bestehe weit größere Aussicht, es wieder gut zu machen, wenn diejenigen, die sich über das Unrecht beklagten, dieses auf die Punkte beschränken würden, für die sie eine tatsächliche und wahre Begründung hätten, um sie dem Völkerrat zu unterbreiten. Er sei zu dem Schluß gekommen, daß er nichts Besseres tun konnte, als die Wahl Raulis zu unterstützen, der sich eine große Erfahrung erworben habe, und Runciman würde, wenn er persönlich mit ihm zusammenkäme, eine bessere Meinung erhalten.

Die Ausführungen Chamberlains lassen deutlich erkennen, daß er sich zum Verteidiger der französischen Saarpolitik machte, ohne selbst von der Stichhaltigkeit seiner Behauptungen überzeugt zu sein. Es entspricht eigentlich sonst nicht der gentlemanlichen Art des Engländer, die Notlage eines Schwachen auszunutzen, um gegen ihn ganz ungerechtfertigte Angriffe zu erheben. Solche Charaktereigenschaften ist man allerdings bei gewissen anderen Völkern gewöhnt, die z. B. auf das vollständig entwaffnete und wehrlose deutsche Volk mit ihren bis an die Zähne bewaffneten Armeen einfallen, es tyrannisieren, berauben und demütigen. Daß auch Chamberlain diesem winzigen kleinen Saargebiet, das sich des besonderen Schutzes des Völkerbundes und aller ritterlichen

Nationen erstreuen sollte, sich in der gleichen Weise gegenüber bestimmt, ist nicht gerade ein Beweis dafür, daß das Recht auf seiner Seite steht. Wenn er behauptet, daß eine große Zahl von Klagen unberechtigt sei, so gibt er damit zu erkennen, daß eine andere Anzahl von Klagen zu Recht besteht. Es entspricht nicht dem Ansehen des Völkerbundes, wenn Chamberlain, das von ihm geduldeten Unrecht zu verteidigen sucht, anstatt zu fordern, daß der Völkerbund jedes von ihm ausgehende Unrecht auf das entschiedenste bekämpft. Herr Kault darf nicht stolz darauf sein, daß seine Wahl für Chamberlain mit dem Hinweis darauf beschriftet wurde, daß ein Teil der gegen ihn vorgebrachten Klagen unberechtigt sei; bisher sind noch alle gegen Kault erhobenen Klagen unwiderlegt geblieben. Herr Kault muß sich sagen lassen, daß ein anderer Teil — und dazu gehört sein Spießsystem, seine Beamtenpolitik, seine Wirtschaftspolitik und seine „Rechtspolitik“ — zu den berechtigten Klagen Anlaß gegeben haben. Und das genügt, um Herrn Kault ein für allemal für ungeeignet zu erklären, sein Amt unparteiisch und gerecht zu verwalten.

*

Die Zusagen die der englische Außenminister Chamberlain dem französischen Ministerpräsidenten Herriot in der Frage der Wiederernennung des Herrn Kault zum Präsidenten der Saarregierung gemacht hat, veranlaßte den englischen Journalisten Robert Donald zu folgendem Schreiben an den „Manchester Guardian“:

Ihr Londoner Korrespondent schreibt heute, daß Mr. Austen Chamberlain bei seiner Durchreise durch Paris, als er sich zur Sitzung des Völkerbundes nach Rom begab, Herrn Herriot gegenüber der Wiederernennung des Herrn Kault zum Präsidenten der Saar-Regierungskommission seine Zustimmung erteilte. Es ist kaum zu glauben, daß der englische Minister des Äußeren eine derartige Indiskretion beging, indem er, ohne den Rat seiner Kollegen einzuholen und ohne die gegenwärtige Lage des Saargebietes zu untersuchen, sich für die Fortdauer eines Fehlers einsetzt, der von schwerwiegendem Einfluß auf die internationale Lage ist.

Uebrigens ist der Völkerbund weder ein Privatunternehmen des Mr. Chamberlain oder des Mr. Herriot, noch ist die Saar eine Figur, mit der auf dem Schachbrett von Europa gespielt werden kann. Der Völkerbund ist verantwortlich für die Verwaltung dieses Gebietes. Es ist das einzige Land, das einer Völkerbundsregierung anvertraut worden ist. Es ist dies ein Versuch internationaler Verwaltung, der von allen Beteiligten mit Unparteilichkeit und Gerechtigkeit durchgeführt werden muß.

Als die Regierungskommission ernannt wurde, teilte der Völkerbundsrat den Mitgliedern mit, daß sie keine andere Beschäftigung hätten und kein anderes Interesse vertreten dürften, als das Wohlergehen der Einwohner zu fördern. Weit davon entfernt, diese Aufgabe zu erfüllen, hat die Kommission durch den Präsidenten, das die oberste Kontrolle in den wichtigsten Geschäften hat, einschließlich der inneren und äußeren Angelegenheiten, in den letzten 5 Jahren der Kolonialpolitik Frankreichs im Bereich des öffentlichen Lebens, hinsichtlich des Handels, des Unterrichts und des Finanzwesens, schweigend zugehört.

Wie ihr Korrespondent sagt, sind, abgesehen von den ursprünglichen Fehlern des Vertrages, alle Wrrungen im Saargebiet der Last zuzurechnen, daß ein Franzose zum Präsidenten gemacht wurde. (Es besteht für diese Ernennung

keine Bestimmung im Vertrage.) Kein Franzose hätte in der Rolle des Präsidenten neutral oder unparteiisch handeln können, und Mr. Kault war mehr Agent Frankreichs als Vertreter des Völkerbundes. In den wichtigsten Fragen, die das Wohlergehen der Einwohner betreffen, hält er sich an die Instruktionen der französischen Regierung.

Die Lage des Saargebietes ist augenblicklich wahrscheinlich schlimmer, als sie je gewesen ist. Denn Frankreich hat sie durch ein sträfliches Finanzvorgehen forciert, und es beabsichtigt, eine seltsame Währung einzuführen. In einer derartig heissen Lage finde ich es beinahe unglaublich, daß Mr. Chamberlain insgeheim mit Mr. Herriot verhandelt, und zwar mehr als drei Monate früher, als die Frage der Wiederernennung von Mitgliedern der Regierungskommission zur Diskussion kommt. Wenn Mr. Chamberlain diesen Fehler gemacht hat, so hat er sich dadurch als Förderer der französischen Kolonialpolitik bloßgestellt, welche die feierlichen Bestimmungen des Vertrages von Versailles zerstören will. Er versäumt es auch, die Verantwortlichkeit des Völkerbundes für den Versuch, eine internationale Regierung zu schaffen, zu würdigen.

Man war im letzten Jahr der Meinung, daß die Herrschaft von Mr. Kault im kommenden März ihr Ende finden würde und hoffte, daß durch die Wahl eines neutralen Präsidenten die Wohlfahrt der Saareinwohner geklärt und die Ausöhnungspolitik beginnen würde.

Sir Robert Donald schreibt ferner, daß es beinahe unglaublich ist, daß Mr. Chamberlain mit Mr. Herriot insgeheim über die Präsidentschaft der Saar-Regierungskommission verhandelt und seinen Beistand für die Wiederernennung des Franzosen Mr. Kault in der Märztagung des Völkerbundes versprochen hätte. So unglaublich wie es ist, so ungewöhnlich ist es auch, daß sich etwas Derartiges ereignen kann. Aristoteles pflegte zu sagen, daß es unnötig sei, über etwas zu diskutieren, was sich nicht ereignen würde; aber er sollte in den Tagen der modernen Diplomatie gelebt haben. Dort ist nichts unmöglich in bezug auf die Behauptung, daß Unterhandlungen vor den Ratsitzungen geführt werden dürfen, und da dieses seltsame Gerücht aus Paris kommt, so ist es nötig, Licht in die Sache zu bringen, damit es widerlegt wird, wenn es möglich ist. Hoffen wir, daß es möglich ist. Das Beste, was sich für das Saargebiet ereignen könnte, wäre die Wahl eines neutralen Präsidenten für die Regierungskommission durch den Völkerbund; andernfalls würde die Regierungsmacht, wie früher, weiter dazu benutzt werden, um schließlich die Auffassung des Saargebietes durch Frankreich zu fördern. Was der Völkerbund braucht, beinahe mehr als irgend etwas, ist, sich von dem Verdacht zu reinigen, daß er der Spielball eines Handvoll Mächte im Interesse ihrer eigenen besonderen europäischen Politik ist.

Die Pflicht des Völkerbundes ist es, für das Wohlergehen und die gerechte Behandlung der Saarbevölkerung bis zur Abstimmung im Jahre 1935 zu sorgen und nicht irgendwelche Verbesserungen zu unterstellen, die darauf hinauslaufen, die Saarbevölkerung vorher in irgend eine besondere Form zu pressen. Die Ernennung des Präsidenten der Regierungskommission ist die wichtigste Exekutiv-Handlung, die der Völkerbund in seiner Macht hat, und der Rat ist verpflichtet, diese nur im Hinblick auf das Wohl der Saarbevölkerung auszuüben. Die französischen Interessen, die der Vertrag vorsieht, werden unter einem neutralen Präsidenten nicht leiden; jedoch ohne einen neutralen Präsidenten werden die Interessen der Saarbevölkerung leiden.

„Zur Sicherung der Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung.“

Die Saarregierung läßt die Saarbeamten hungern.

Die erste Tat der Saarregierung war bekanntlich die Abtrennung der Saarbahnen vom deutschen Reichsbahnnetz und die Schaffung einer selbständigen Saareisenbahndirektion. Den Eisenbahnern waren von Anbeginn wesentlich bessere Existenzbedingungen als unter deutscher Verwaltung zugelegt worden, besonders, falls sie sich für die Frankenhöhne aussprachen. Es ist bekannt, unter welchen Machinationen damals die Frankenhöhne an die Saareisenbahner und auf den Saareisenbahnen eingeführt wurde. Gute Tage sahen die Saareisenbahner nur, solange im Saargebiet die Mark noch einen aussichtslosen Kampf mit dem Franken führte. Seitdem der französische Franken allein gesetzlich Währung im Saargebiet geworden ist — wohlgeachtet völlig wertlos —, seitdem ist es mit der Herrlichkeit auch unter den Saareisenbahnern zu Ende. Nicht nur, daß die Herrlichkeit ein Ende hatte, nein, von dieser Zeit her röhrt das Gland, das jetzt allgemein unter den Eisenbahnern des Saargebietes zu Hause ist. Seit Monaten sind die Lebensbedingungen für die Arbeiterklasse an der Saar die denkbar ungünstigsten. Auch die Beamtenklasse besonders der unteren Klassen ist nicht auf Rosen gebettet. Besonders ungünstig aber liegen die Verhältnisse für die Eisenbahner, Arbeiter und Beamten. Sie müssen sich mit

Lohn- und Gehaltslöhnen begnügen, die bei weitem nicht das Existenzminimum erreichen. Zwar haben sie versucht, ihre materielle und soziale Lage durch Erreichung von Mindestforderungen zu verbessern. Die Regierungskommission als Arbeitgeber hat sich aber stets entweder völlig taub oder als herzlos erwiesen, sie hat die Forderungen der Eisenbahner entweder überhaupt nicht beachtet oder sie in geradezu herausfordernder Weise abgelehnt. Durch die Länge der Zeit dieses Existenzkampfes der Saareisenbahner sind diese schon derart kraft- und energielos geworden, daß sie sich niemals zu einem Endkampf aufstellen konnten. Auch neuerliche Schritte der Eisenbahner wurden von der Saar-Regierung rundweg abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß „vor kaum vier Wochen Lohnanpassungen erfolgt sind“, Lohnanpassungen, von denen wir gelegentlich der Behandlung der Beamtengehälter nachgewiesen haben, daß die unteren Lohn- und Gehaltsklassen von Eisenbahnern und Beamten nicht nur keine Verbesserung, sondern zum Teil Abstriche erfahren haben. Es ist erklärlich, daß angesichts einer derartigen Behandlung der berechtigten Forderungen der Eisenbahner unter diesen eine starke Erregung einsetzte.

Es ist bekannt, daß die Beamten des Saargebietes, insbesondere die unteren und mittleren Beamten seit Jahren unzureichende Besoldungen beziehen. In ihren Kreisen herrscht allent-

Halben Not, Verarmung, Verschuldung. Die Gehaltsbezüge tragen nur die Hälfte bis zwei Drittel des Friedensgehaltes. Die Regierungskommission hat den Beamten des Saargebietes die vollständige Gleichstellung mit ihren Amtskollegen im Reich nicht bloß versprochen, sondern sie hat im Beamtenstatut die übernommenen Verpflichtungen vertraglich festgelegt und anerkannt. Doch welche Kämpfe führt die Beamtenchaft um die Angleichung ihrer Gehaltsätze an die Gehälter der in gleichem Range stehenden Kollegen im Reich. Durch die zeitigen, sehr geringen Aufbesserungen wurde das Beamtenelend bisher nicht beseitigt. Auch die Ruhegehälter, die jeweils nach dem früheren Gehalte bemessen werden, sind für die Lebenshaltung bei den bescheidensten Ansprüchen verbitterter Ruhestandler nicht ausreichend. Zur Beschaffung der nötigen Wintervorräte fehlte es in allen Beamtenfamilien an den notwendigen Geldern. Das gegebene Versprechen, die gerechte Forderung der Gleichstellung mit den Kollegen im Reich zur baldigen Durchführung zu bringen, ist bis jetzt nicht eingelöst. Die Gehaltstafel, die die Saarregierung den Beamtenvertretern vorlegte, beweist, daß sie auch in Zukunft nicht gewillt ist, der drückenden Not, besonders der unteren und mittleren Beamten, abzuhelfen.

*

Ein Gerichtsurteil gegen die Hungerpolitik der Saarregierung.

In den beiden Prozessen, welche Beamte des Saargebietes, die seinerzeit von der deutschen Regierung übernommen worden sind, um ihre Gleichstellung in der Besoldung mit den deutschen Beamten gegen die Regierungskommission angestrengt haben, wurde am 10. März ein Zwischen- und Teilverurteil durch die 5. Zivilkammer des hiesigen Landgerichts dahin gefällt, daß

1. der Klageanspruch dem Grunde nach gerechtfertigt ist,
2. festgestellt wird, daß die Beklagte verpflichtet ist, den Klägern diejenigen Frankengehälter zu zahlen, die unter Zugrundelegung des jeweiligen Umrechnungstafels den im Deutschen Reich gezahlten Gehältern mit eintretenden Erhöhungen unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Saargebiet und in Anlehnung an diese entsprechen,
3. die Entscheidung über die Kosten dem Endurteil vorbehalten bleibt.

In den Entscheidungsgründen ist ausgeführt, daß die nicht-richterlichen Beamten einen nach § 149 des Deutschen Reichsbeamtengesetzes klagbaren Anspruch gegen die Regierungskommission auf Gleichstellung mit den Beamten im Deutschen Reich unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Saargebiet und in Anlehnung an sie haben, weil er ihnen im § 5 der Verfügung betr. die Beamten im Saargebiet vom 16. März 1920 und im Artikel 31 des Beamtenstatuts vom 29. Juli 1920 zugesichert worden ist und die ihnen gewährleisteten Rechte zu einem Bestandteil ihres öffentlich-rechtlichen Anstellungsvertrages geworden sind. Zugleich ist der Regierungskommission die Beweislast dafür auferlegt worden, daß und inwiefern die in Betracht kommenden Verhältnisse, von denen die Teuerung abhängt, hier günstiger waren wie im Deutschen Reich. Die Entscheidung über die Betragshöhe ist dem Nachverfahren vorbehalten. Auch ist die Zulässigkeit der Feststellungslage anerkannt worden, da die Kläger ein rechtliches Interesse an der Regelung ihrer Gehaltsansprüche für die Zukunft haben.

*

Kreditnot und Bodenpolitik im Saargebiet.

Die französische Politik, wie sie von Anfang an durch die Saarregierung gefordert worden ist, arbeitet in drei verschiedenen Richtungen:

1. Wirtschaftliche Durchdringung,
2. geistige Abschürfung und
3. politische Bevormundung.

Die wirtschaftliche Durchdringung setzte bereits wenige Wochen, nachdem der französische Fiskus die Saargruben übernommen hatte, ganz systematisch und brutal ein. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß mit Hilfe der Saarkohlen, die sich ohne Ausnahmen in Händen Frankreichs befinden, Frankreich den größten Teil der Saarindustrie dazu zwang, 50 Prozent und mehr französisches Kapital aufzunehmen. Mit ganz vereinzelten Ausnahmen befindet sich daher die Saarindustrie überwiegend in französischer Hand. Auf diesem Wege hofft man, Einfluß auch auf die politische Gestaltung des Saargebietes gewinnen zu können. In dem Maße, wie man es von Anfang an erwartet hatte, haben sich allerdings die Hoffnungen der Franzosen nicht erfüllt. Sie besitzen zwar die Kohlen, sie besitzen auch die Aktienmehrheit der Saarindustrie, sie haben aber nicht um

1 Prozent mehr Einfluß auf die Herzen der Bevölkerung gewinnen können. Aus diesem Grunde steht auch der Wert des Saargebietes an der politischen Pariser Börse außerordentlich unter pari.

Trotzdem verfolgt man die alte wirtschaftliche Durchdringungspolitik weiter. Immer wieder vernimmt man, daß der französische Grubenfiskus im Saargebiet Grundstücke und Häuser aufkauft und so immer mehr festen Fuß im Saargebiet faßt. Auch die Privathäuserkäufe seitens der Franzosen im Saargebiet, die eine zeitlang geradezu beängstigenden Umfang annahmen, sind noch nicht zum Stillstand gekommen. Jetzt, wo der französische Franken immer mehr abwärts neigt, ist es den französischen Häuser- und Grundstückspekulanten nicht immer leicht, die notwendigen Kapitalien für diese Bodenpolitik aufzubringen. Auf der anderen Seite hat man im Saargebiet sehr wohl erkannt, daß mit dem französischen Franken nicht allzuviel anzufangen ist, und das ein solides Gebäude einen viel realeren Wert als das schünste Frankenguthaben darstellt.

In vielen Fällen erkennen die Gemeinden zwar die Notwendigkeit, freizuerwerbende Grundstücke oder Gebäude zu erwerben, sind aber nicht in der Lage, die hierfür erforderlichen Gelder aufzubringen. Aufsehnend fürchtet die Saarregierung, daß diese Kreditnot im Saargebiet der Bodenpolitik Abbruch tun könnte. Deshalb fördert sie überall, wo sich ihr hierzu die Möglichkeit bietet, die Erwerbung saarländischer Grundstücke durch französische Käufer und veranlaßt wohl auch indirekt die französischen Geldinstitute, für solche Grundstückserwerbungen Gelder zur Verfügung zu stellen. Man sollte sich in deutschen Kreisen sehr wohl überlegen, ob diesem Gebahren der Saarregierung nicht eine sehr gefährliche Tendenz unterliegt, die auf die Dauer nicht unbeachtet bleiben darf. Wenn die Saarregierung vielleicht gerade unter Ausnutzung der Frankeninflation es zu Wege brachte, entsprechende Frankenkredite für die Erwerbung saarländischer Grundstücke flüssig zu machen, so könnte es passieren, daß eines Tages der saarländische Grund und Boden, wie die Saarindustrie, mindestens zu 60 Prozent sich in französischer Hand befände. Im Saargebiet wird man sich hoffentlich mit dieser Frage ernsthaft beschäftigen und die Schritte erwägen, die gegangen werden müssen, um die aufsteigende Gefahr des völligen Grundstücksauflaufs vom Saargebiet rechtzeitig fernzuhalten. Es wäre aber gut, wenn man sich auch außerhalb des Saargebietes mit der Frage der französischen Bodenpolitik im Saargebiet eingehend befaßt und sich überlegt, was geschehen kann, um einer ernststen Gefahr vorzubeugen.

Es ist nicht ganz ohne Bedeutung, daß die Saarregierung die Gründung eines Anleiheverbandes der Kreise und Gemeinden des Saargebietes veranlaßt, dem es in erster Linie obliegen soll, ausländische Kapitalien über französische Banken natürlich in das Saargebiet zu leiten. Wir sind allen Maßnahmen der Saarregierung gegenüber außerordentlich skeptisch, besonders wenn sich die deutliche Tendenz erkennen läßt, vor allem Deutschland aus dem Saargebiet herauszudrängen. Auf jeden Fall macht es uns mißtraulich, daß die Saarregierung die Gründung des obengenannten Anleiheverbandes veranlaßt, um ausländische Kapitalien in das Saargebiet hineinzubringen. Es ist wohl ein Unterschied zu machen zwischen jenen Anleihen, die die Gemeinden von sich aus mit irgendwelchen ausländischen Bankinstituten abschließen und solchen, die durch Vermittlung der Saarregierung abgeschlossen werden.

Saarbeamten im Preussischen Landtag.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat es bisher abgelehnt, den im Saargebiet tätigen früheren preussischen Beamten dasselbe Gehalt zu zahlen, das sie in Preußen erhalten würden. Der schwache Frankenstand schädigt diese Beamten zurzeit gegenüber ihren preussischen Kollegen um etwa 50 Prozent. Die Beamtenorganisationen des Saargebietes haben daher, wie gemeldet, den Klageweg gegen die Regierungskommission auf Grund des Artikels 31 des Beamtenstatuts beschritten, der die Gleichstellung mit den betreffenden übrigen deutschen Beamten vorschreibt.

Die bayerische Regierung soll ihre Beamten und Ruhestandsbeamten im bayerischen Teile des Saargebietes seit dem 1. Januar 1925 den Gehalts- bzw. Ruhegehaltsunterschied in Reichsmark nachzahlen.

Eine vollsparteiliche kleine Anfrage im preussischen Landtag lautet dahingehend:

1. Ist dem Staatsministerium dieser unhaltbare Zustand bekannt,
2. Welche Schritte hat es getan, um die Beamten, die seinerzeit mit Zustimmung der Regierung ihre Stellen behalten haben, gegen diese willkürliche Kürzung ihrer Bezüge zu schützen?
3. Ist das Staatsministerium bereit, im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung eine gleichmäßige Regelung der Gehalts- und Ruhegehaltsbezüge herbeizuführen.

Ein Warnungssignal.

In einem Teil der Saarbrücker Presse ist das nachstehende Schreiben des bisherigen Geschäftsführers der sozialdemokratischen „Volksstimme“ in Saarbrücken, Johann Feld, veröffentlicht worden:

Saarbrücken, den 28. Februar 1925.

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei
des Saargebiets,

z. H. des Vorsitzenden, Herrn Valentin Schäfer,
in
Saarbrücken.

„Nachdem ich die Überzeugung gewonnen habe, daß die be-
rufenen Instanzen der Partei keine Veranlassung nehmen, der von
vielen Seiten als landesverräterisch empfundenen Tätigkeit des
Redakteurs Braun in der „Volksstimme“ ein Ende zu setzen, sehe
ich mich nicht mehr in der Lage, als Verleger des Blattes zu
figurieren. Ich lege daher mit dem heutigen Tage mein Amt als
Geschäftsführer der „Volksstimme“ nieder und zeige gleichzeitig
meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei an.“

Hier wird dem jetzigen politischen Redakteur des sozialdemo-
kratischen Blattes in Saarbrücken der schwerste Vorwurf gemacht,
der einen Deutschen treffen kann. Ein Vorwurf, der um so schwerer
wiegt, als er von einem Manne erhoben wird, der die Tätigkeit
des Redakteurs Braun aus nächster Nähe beobachten konnte,
ohne in seiner geschäftlichen Funktion die Möglichkeit zu haben,
politisch einzugreifen. Und die Anklage richtet sich nicht nur
gegen den einen Redakteur, sondern zugleich gegen die „In-
stanzen der Partei“, die die bellagenerische Haltung der
„Volksstimme“, über die auch wir schon seit langem stärkstes Be-
wusstsein empfinden mußten, geduldet haben.

Jedem, der die innenpolitische Entwicklung im Saargebiet in
den letzten Jahren beobachtet hat, kommt der Schritt des Herrn
Feld allerdings nicht gerade überraschend. Hat doch der ehe-
malige Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion,
Rechtsanwalt Dr. Sender, seine parteipolitische Tätigkeit be-
reits vor einigen Wochen aus denselben Gründen wie Herr Feld
eingestellt.

Wie es in solchen Fällen meist geschieht, antwortet der an-
gegriffene Teil mit persönlichen Verdächtigungen und schleudert
Herrn Feld die unbewiesene Behauptung nach, er hätte seinen
Schritt nur aus Berechnung zu seinem persön-
lichen Vorteil getan. Demgegenüber genügt es, die
„Saarbrücker Landeszeitung“ zu zitieren, die von
Herrn Feld schreibt, daß er wegen „seiner ehrenhaften
Gesinnung und seines zuverlässigen Charakters“
sich auch bei seinen schärfsten parteipolitischen
Gegnern der höchsten Achtung und des größten
Ansehens erfreute.

In der Tat ist der Parteiaustritt des Herrn Feld nichts
anderes als die zwangsläufige Folge jener bedauerlichen inneren
Wandlung, die sich in der Sozialdemokratie des Saargebiets in
den letzten beiden Jahren in steigendem Maße vollzogen hat,
und die gerade wir von unserem parteipolitisch neutralen, nur auf
das deutsche Interesse gerichteten Standpunkt mit wachsender
Sorge beobachten mußten.

Lange Zeit standen die Führer der Sozialdemo-
kratie des Saargebiets mit in der ersten Reihe der
Männer, die unter Einsetzung der eigenen Persön-
lichkeit den Annexionsbestrebungen des fran-
zösischen Imperialismus entschlossen entgegen-
traten. Einer der verdienstlichsten Kämpfer des Deutschtums
im Saargebiet war Johann Feld, der geschäftliche Leiter der
„Volksstimme“, die gleich ihm sich lange Zeit in ihrer treu-
deutschen Haltung von niemand übertreffen ließ und deren mutigen
Kampf wir in unserem Blatt des öfteren rühmend erwähnen
konnten. In einer der denkwürdigen Kundgebungen der
Saarbevölkerung, am 12. März 1920 im Saalbau in
Saarbrücken, sprach Herr Feld unter dem stürmischen Beifall
einer Riesensammlung die Worte:

„Hier von dieser Stelle aus wende ich mich an alle wahr-
haft demokratischen Menschen und rufe es laut hinaus in die
Welt: niemals ist eine erhabene Idee schmählicher mißhandelt
worden, als die Idee des Völkerbundes im Versailler Vertrag.
Hätte man sich dem Wortlaut und dem Geiste nach an diese
Idee gehalten, dann wäre man niemals auf den Gedanken ge-
kommen, die Saarbevölkerung von ihrem alten angestammten
Vaterlande loszureißen, ohne sie zu befragen. Niemals wird
es den deutschen Arbeitern aus der Erinnerung verschwinden,
wie die Staatsmänner der Alliierten, die während des Krieges
immer das Schlagwort im Munde führten, „wir kämpfen nicht
gegen das deutsche Volk, sondern für die Demokratie“, diese
Worte in die Tat umgesetzt haben. Die Tatsachen haben uns
bewiesen, daß wir uns nicht nur durch die Sprache unterscheiden,

sondern noch mehr durch unsere Auffassung von der wahren
Demokratie.“

In diesem Geiste hat Herr Feld seither Politik getrieben,
in diesem Geiste schrieb auch die „Volksstimme“ bis — etwa
Ende des Jahres 1922! Wie konnte sich die Haltung der Sozial-
demokratie plötzlich so grundlegend ändern? Trotz aller partei-
politischen Neutralität sind wir hier doch veranlaßt, auf ein Er-
eignis hinzuweisen, das sich in seinen Auswirkungen als ein Ver-
hängnis für das Saargebiet erwiesen hat, die politische
Wiedervereinigung der Sozialdemokratie mit
den Unabhängigen im Herbst 1922.

Die Spaltung der Sozialdemokratie vollzog sich
während des Krieges, weil die Unabhängigen den Gedanken der
Landesverteidigung im Geiste des 4. August ablehnten, den inter-
nationalen Klassenkampf über die Idee der Volksgemeinschaft
stellten, die Kriegskredite verweigerten und im Sinne jenes
Crispin handelten, der das ebenso geist- wie herzlose Wort sprach:
„Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt.“ Selbstver-
ständlich mußte der tiefe Gegensatz zwischen den Unabhängigen
und den von ihnen verlästerten „Sozialpatrioten“ nach dem Kriege
gerade in jenen bedrohten Grenzgebieten fortbestehen, für die der
formelle Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen
Mitteln bedeutete. Ueber die politische Haltung der Unab-
hängigen im Saargebiet macht Bernhard Kauch in seiner
Schrift „Die Saarpolitik Frankreichs“ Mitteilungen,
die um so mehr Beachtung verdienen, als der Verfasser der Vor-
gänger des von Herrn Feld so vernichtend gekennzeichneten
Redakteurs Braun an der Saarbrücker „Volksstimme“ ist.
Bernhard Kauch wurde 1922, bezeichnenderweise zur Zeit
des sozialdemokratischen Augsburger Parteitags, auf dem die
Einigung mit den Unabhängigen beschlossen wurde, wegen
seiner treudeutschen Haltung von den Fran-
zosen ausgewiesen. Er hat dann sehr bald der Sozial-
demokratie den Rücken gekehrt und diesen Schritt gleichfalls mit
der Haltung der Partei in nationalen Dingen nach der Einigung
mit den Unabhängigen begründet. Bernhard Kauch schreibt
in seiner 1923 erschienenen Broschüre:

„Über die französische Politik im Saargebiet wäre nicht
französisch, wenn sie ihre Frankopolitik in der Arbeiterchaft
nicht noch in einem anderen, direkteren und pikantesten Sinne
zu treiben versuchte. Allah Kaut ist groß, und Major
Richard, der Chef der französischen Propa-
ganda, ist sein Prophet. Dieser Beauftragte Hochs hat einen
riesengroßen Geldsack und eine merkwürdige Neigung, mit ge-
wissen Arbeiterführern vertraulichen Umgang zu pflegen. Im
Juni 1922 wurde von der „Volksstimme“ (Saarbrücken) ent-
hüllt, daß der Vorsitzende der Kommunistischen Partei im Saar-
gebiet, Balg, diese gegen Bestechungsgelder in den Dienst der
französischen Saarpolitik gestellt hatte. Er war, zusammen
mit einigen Unabhängigen, der Veranstalter jener Franken-
demonstrationen, auf die sich jetzt, trotz ihres damals kläglichen
Verlaufs, die Regierungskommission zur nachträglichen Rech-
fertigung ihrer Frankopolitik beruft. Und er hat auch gemein-
sam mit einigen anderen merkwürdigen Arbeiterführern jene
Denkschriften an den Völkerbund unterzeichnet, in denen die
mehr als 90 v. H. der Saarbevölkerung vertretenden Dele-
gationen nach Genf als „Pseudodelegationen“ denunziert wur-
den. . . . Die U. S. P. D. hatte im ganzen oberrheinischen
Bezirk etwa 300 Mitglieder, im Saargebiet keine 100. Und
doch gab dieses Väterbündel ein eigenes Organ heraus, in der
Wahlzeit Sommer 1922 sogar täglich. Bezeichnenderweise
nannte man es in der Bevölkerung „Saarrepitil“, denn es wurde
in der Druckerlei des französischen Propagandablattes gedruckt,
des „Nouveau courrier de la sarre“. Offentlich wurde zwar
erklärt, daß man die Geldmittel zur Herausgabe des Blattes
von einem Gönner aus Argentinien (!) habe. Indessen hat
man auch den eigenen Anhängern einen nur so ungenügenden
Aufschluß über die finanziellen Grundlagen des Unternehmens
geben können, daß die damalige Ortsgruppe Neunkirchen der
U. S. P. D. beschloß, so lange aus der Partei auszutreten, bis
die Angelegenheit geklärt sei. Dann ging das Blatt ein. Zur
Zeit seiner unruhigen Existenz fand es nie ein Wort gegen
die schamlose Vergewaltigung der Saardeut-
schen durch den französischen Imperialismus,
sondern denunzierte die Führer der Sozial-
demokratie als deutsche „Agenten“ weil sie
gegen die Verletzung des Versailler Vertrages
und die Vergewaltigung der Volksrechte an-
kämpften. Mögen jene in der früheren U. S. P. D. des
Saargebietes wirksam gewesenen Tendenzen in der vereinigten
Sozialdemokratischen Partei nie zur Geltung gelangen, denn
wenn irgendwo, so gilt es in den bedrohten Randgebieten, nach
einem bekannten Wort Lassalles, die ganze Kraft auf den ent-
scheidenden Punkt zu konzentrieren. Das ist der fran-

Politische Imperialismus! Jede Abwärtswendung und Verwässerung dieses Kampfes durch Voranstellen innerpolitischer Gegensätze liefert, wenn auch ungewollt, dem Feinde Waffen in die Hand. So selbstverständlich und natürlich der innerpolitische Kampf zwischen den deutschen Klassen und Parteien bleibt, so darf er doch nie, insbesondere an der Saar, am Rhein und an der Ruhr, das gemeinsame Hauptziel verdunkeln.

Diese Warnung ist leider unbeachtet geblieben. Im Gegensatz zu früher wird auf den Charakter des Saargebietes als eines schwer um seine nationale Existenz ringenden Grenzlandes nicht die geringste Rücksicht genommen. Heute ist der Saarbrücker „Volksstimme“ Klassenkampf alles, Deutschtumskampf nichts. Das Verhängnis begann mit dem Austritt der Sozialdemokratie aus der interparteilichen Arbeitsgemeinschaft und der gefühlvollen Absonderung von den übrigen Volksgenossen auch in Fragen, in denen nur ein einziges gemeinsames deutsches Interesse besteht. Welch einen Eindruck muß es auf die Vertreter des Völkerbundes machen, daß die Deutschen ihre kindische politische Zerrissenheit selbst in Genf nicht verleugnen können. Im Gegensatz zu früher hat es die Sozialdemokratie für nötig befunden, eine eigene Delegation mit Sonderwünschen zur Völkerbundstagung zu schicken. Die Absonderung geht so weit, daß die Delegierten sogar die Lokale meiden, in denen die Abgeordneten der anderen Delegation wohnen.

Aus den obigen Darlegungen ergibt sich die Tatsache, daß die veränderte Haltung der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes durch Elemente veranlaßt wurden, die erst nach der Verschmelzung der Partei mit den Unabhängigen Einfluß in der Partei bekommen haben, dem die bisherigen bewährten Führer und Kämpfer für das Deutschtum innerhalb der Partei nicht erfolgreich zu begegnen vermögen. Wir sind davon überzeugt, daß eine ganze Reihe jener Leute, die die Gegenüberstellung gegen Feld unterschrieben haben, sich nicht aus innerer Überzeugung dazu bekannten, sondern nur unter dem Druck einer Mehrheit, die die Führung der sozialdemokratischen Partei an sich zu reißen versucht. Wir sind überzeugt, daß diese eben angezeichneten Persönlichkeiten mit steigender Sorge die veränderte Haltung der „Volksstimme“ im Kampf um das Deutschtum verfolgt haben und daß sie sicherlich ihren ganzen Einfluß auszuüben versuchten, die sozialdemokratische Partei des Saargebietes von dem Weg zurückzuhalten, auf den sie von unverantwortlichen Elementen gedrängt wurde. Wir wissen, daß es schwere Kämpfe innerhalb der Partei gegeben hat, wir wissen auch, daß zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Partei eben wegen ihrer veränderten Haltung den Rücken kehrten, und wir wissen auch die Gründe, weshalb die Kämpfer um das Deutschtum innerhalb der sozialdemokratischen Partei ihren Einfluß auch weiterhin in ihr auszuüben versuchen.

Wenn wir einen Vorwurf erheben wollen, dann nicht gegen die sozialdemokratische Partei des Saargebietes, sondern gegen die sozialdemokratische Partei Deutschlands. Ihr waren die Dinge im Saargebiet bekannt, auch die Gefahren, die dort für das Deutschtum aufstiegen und die Personen, die diese Gefahren heraufbeschworen. Daß sie nicht rechtzeitig durchgriff und die Personen entfernte, die den deutschen Interessen und der deutschen Einheitsfront mit ihren Quertreibereien in den Rücken fielen, das ist die Schuld der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Es zeigt sich also gerade an diesem Beispiel, daß die politischen Parteien des Reiches in engerer Fühlung mit ihren Organisationen in den besetzten und abgetrennten Gebieten stehen müssen, um da, wo sich Gefahren zeigen und Räte, mit dem Machtwort der Gesamtpartei einzuschreiten. Aber nicht nur Fühlung mit den betreffenden Organisationen ist erforderlich, sondern vor allem auch genaue Kenntnis der Probleme, die hier in Frage stehen. Aber hierin fehlt es den meisten deutschen Parteien, die sich zwar in ihren Parteiprogrammen auskennen, aber von dem, was dem Volksganzen, dem Vaterland und den besetzten und gefährdeten Gebieten nützt, nämlich die Unterstützung durch das einigende Deutschland, meistens keine Ahnung haben. Das gilt fast von allen Parteien.

Was die sozialdemokratische Partei in dem in Frage stehenden Fall offenbar unterlassen hat, so haben auch die übrigen Parteien — keine darf sich ausnehmen — Fühlungnahme mit den örtlichen Organisationen der erwähnten Gebiete unterlassen. Welcher Schaden daraus erwachsen kann, beweist der Fall, der hier in Rede steht. In allen entscheidenden Schicksalsstunden wird das deutsche Nationalgefühl immer über den elenden Parteigeist siegen. Auch in der Seele des deutschen Arbeiters an der Saar aber lebt jenes Lied Hoffmanns v. Fallersleben: „Was ich bin und was ich habe, dank ich dir, mein Vaterland.“

So mußte es kommen.

Seitdem der Völkerbundsrat bei jeder seiner Tagungen sich regelmäßig mit der Saarfrage beschäftigen muß, haben die politischen Parteien des Saargebietes immer wieder gefordert, daß der Rat Vertreter der Bevölkerung zu den einzelnen zur Entscheidung stehenden Saarfragen hören solle. Heute liegen die Dinge so, daß der Völkerbundsrat über die Verhältnisse an der Saar lediglich und zwar einseitig durch die Regierungskommission unterrichtet wird. Daß es der Präsident der Saarregierung dabei nicht daran fehlen läßt, seine Regierungsweise als die einzig richtige und erfolgreiche hinzustellen, ist nicht verwunderlich, daß er sich dabei Abweichungen von der Wahrheit und regelrechte falsche Darstellungen zum Nutzen kommen läßt, das alles ist eine Angelegenheit, die längst schärfstes Eingreifen erforderlich gemacht haben müßte. Wäre der Völkerbundsrat die demokratische und Rechts-Institution, die er sein soll und sein will, dann hätte er längst dem Grundgesetz demokratischer Regierungsmethoden entsprochen und von sich aus verlangt, daß die Bevölkerung des Saargebietes ihre Wünsche und Beschwerden dem Völkerbund übermitteln, daß sie also selbst Anteil nimmt, an ihrem Geschick. Nichts von alledem. Immer wieder mußten die Delegationen der Saargebietsbevölkerung ins Saargebiet zurückkehren, um festzustellen, daß man zwar bei einzelnen Völkerbundsdelegierten ein mehr oder weniger offenes Ohr gefunden hat, daß der Völkerbundsrat bisher es aber immer wieder ablehnte, die Vertreter der Bevölkerung offiziell zu empfangen, während z. B. Danzig regelmäßig seine Sache selbst vor dem Rat vertritt. Trotzdem bestand die Möglichkeit, daß je länger je mehr der Völkerbund sich schließlich doch hatte entschließen müssen, in der Frage des Empfanges und der Anhörung der Saargebietsvertreter eine Änderung eintreten zu lassen.

Diese Möglichkeit erscheint jetzt bis auf weiteres ausgeschlossen. Bietet doch das Saargebiet der in Genf versammelten Welt das überaus betrübliche Bild und tragische Schauspiel der völligen Zerrissenheit des deutschen Volkes auch im Saargebiet. Wir haben es glücklich dahin gebracht, daß zwei verschiedene Delegationen aus dem Saargebiet nach Genf gereist sind, um unabhängig von einander und ohne daß der eine wissen läßt, was der andere tut, Rücksprache mit den Völkerbundsdelegierten zu nehmen. Ein peinlicher Eindruck, als diese Tatsache in Genf hervorgerufen hat, läßt sich nicht denken. Da erscheint eine Delegation von Vertretern der Deutsch-Saarländischen Volkspartei und der Zentrumsparität mit ihren Führern Köhling und Lebacher und ferner eine zweite Delegation der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes mit den Herren Neuge und Bernhard Schneider. Beide versuchen die Delegierten zum Völkerbundsrat für die Fragen des Saargebietes zu interessieren, doch geben beide Delegationen darüber, wo dem Saargebiet der Saub drückt, verschiedene Erklärungen ab. Ist es da verwunderlich, daß die Völkerbundsdelegierten es ablehnten, mit Vertretern des Saargebietes über die Verhältnisse an der Saar zu sprechen, weil diese Vertreter nicht in der Lage sind, ein einheitliches klares Bild von dieser Lage zu geben? Ein Berliner Blatt bezeichnete die Tatsache des Erscheinens von zwei Saardelegationen in Genf als das deutsche Erbübel. Das ist es in der Tat, und es zeigt uns, welche unübersehbare Folgen die parteipolitische Zersplitterung innerhalb des deutschen Volkes haben muß.

Die Lage des Saargebietes hat durch die Uneinigkeit der politischen Parteien an der Saar eine solche Verschlechterung in Genf erfahren, daß man sich ernsthaft fragen muß, ob hier wirklich nur zwei politische Meinungsverschiedenheiten vorliegen. Jedenfalls haben die Personen, die die Zersplitterung der deutschen Einheitsfront an der Saar herbeigeführt haben, eine in ihrer Schwere noch kaum zu ermessende Schuld auf sich geladen. Die Bevölkerung an der Saar selbst sollte diesen Personen die gebührende Antwort geben. Wir haben unserer Meinung über die Zersplitterung und das verantwortungslose Handeln gewisser Persönlichkeiten im Saargebiet genügend Ausdruck gegeben. Noch geben wir die Hoffnung nicht auf, daß auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes wieder die Persönlichkeiten die Führung innerhalb der Partei in die Hände bekommen werden, die jahrelang die Sozialdemokratische Partei im Deutschtumskampf in die vorderste Linie stellten. Es ist unverkennbar, daß heute innerhalb der Partei Elemente die Führerschaft an sich gerissen haben, die ein Unglück für das Land, eine Katastrophe für das Deutschtum an der Saar bedeuten. Es machen sich dieselben krankhaften Erscheinungen bemerkbar, die schon einmal zu einer scharfen Trennung der Geister führten: der eine gesunde und vernünftige Teil führte unentwegt und unerbrochen in vorderster Linie den Kampf ums Deutschtum, der andere aber baute sich mit Hilfe französischer Propagandagelder Willen und ließ es sich im übrigen gut sein. Das Deutschtum allerdings war diesem Teil völlig schnuppe. Wir hoffen, daß die notwendig werdende

Wenn jeder Leser uns nur zwei neue Leser zuführt, so unterstützt er damit wirksam unsere Arbeit!

Scheidung der Geister nicht ein gleich betrübendes Bild hinterläßt, wie es zurzeit der verhängnisvollen Tätigkeit eines Frankenbeders usw. noch in aller Erinnerung ist.

Kleine politische Umschau.

Die „Pfälzische Volkszeitung“ will erfahren haben, daß die in Homburg garnisonierende französische Besatzung am 1. April zurückgezogen wird. Dadurch sollen nicht nur im Landeskrankenhaus verschiedene Gebäude frei werden, sondern auch das Schießhaus und die Schießstände der Schützengesellschaft Homburg sollen ihren bisherigen Bestimmung wieder übergeben werden. Wir hoffen, daß diese kurz vor dem Beginn der Ratssitzung in Genf verbreiteten Meldungen über die Zurückziehung französischer Truppenabteilungen aus dem Saargebiet sich bewahrheiten, so daß wirklich endlich die ganz und berechnigten Belastungen der Saargebietsbevölkerung genommen werden. In Genf soll ja der Beschluß gefaßt worden sein, die gesamte französische Saarbesatzung im Laufe des J. zurückzuziehen, hoffentlich findet man in Frankreich und in der Saarbrücker Alleestraße nicht wieder Vorwände, diesen Beschluß als „vorläufig unausführbar“ hinzustellen.

Von Seiten der politischen Parteien des Saargebietes ist sowohl die Saarregierung wie auch der Völkerbundsrat in Denkschriften aufgefordert worden, gegen die französischen Werber für die Fremdenlegion einzuschreiten. In einer der letzten Denkschriften der politischen Parteien an den Völkerbundsrat war eine ganze Liste der unglücklichen Opfer aufgeführt worden, die diesen französischen Werbern in die Hände gefallen sind. Vor wenigen Tagen veröffentlichte die Saarpresse einen neuen Fall französischer Werbung, dem um ein Haar wiederum vier junge Arbeitslose zum Opfer gefallen wären. Auch der Rechtsanwalt Bessenich, der gewiß nicht in dem Ruf deutscher Propaganda steht, teilte diesen Fall des Versuches der Anwerbung für die französische Fremdenlegion dem französischen Propagandablatt in Saarbrücken mit, mit der Bitte, durch Veröffentlichung die „Aufmerksamkeit der saarländischen Polizeibehörde auf diesen Fall einer in unserm nach dem Versailler Vertrag zu entmilitarisierenden Völkerbundsland ganz unzulässigen militärischen Anwerbung hinzuweisen“. Das erwähnte Franzosenblatt druckte den Brief des Herrn Bessenich auch ab, fügte daran aber einen Kommentar, aus welchem ersichtlich ist, das dem sogenannten Chefredakteur und Geschäftsführer des genannten Blattes Schöttler die Geslohenheiten der von der Saarregierung ausgehaltenen Epithel außerordentlich gut bekannt sind. Dieser erwähnte Schöttler behauptet nämlich in seinem Kommentar, daß auch Rechtsanwalt Bessenich als ehrlicher Mann den Lügenmeldungen der nationalistischen Heimpresse zum Opfer gefallen sei, da die näheren Erfindungen erwiesen hätten, daß hier im Saargebiet eine Reihe bezahlter Epithel existiert, die den Auftrag hätten, sich als Fremdenlegionswerber auszuweisen und an junge Leute heranzutreten, um Herrn Schmelzer Material zu liefern, damit die Saargebietsbevölkerung weiter aufgehetzt werden kann.“ Wenn uns die Person des erwähnten Schöttler nicht gar zu gleichgültig und im übrigen reichlich säuberungsbedürftig erschiene, würden wir erklären, daß er sich mit dem Franzosenepithel Kennel die Hand reichen möchte. Uns interessiert der Schöttler nicht im geringsten, dagegen die Tatsache, daß die Regierungskommission bzw. ihre politische Polizei auch weiterhin in der durch Kennel aufgedeckten Weise Material herzustellen bemüht ist, um entweder Dinge zu „beweisen“, die nicht beweisbar sind, oder Dinge als nicht bestehend nachzuweisen, über die jeder anständige Mensch auf Schritt und Tritt stolpert. Die seinerzeit von den politischen Parteien des Saargebietes listennäßig aufgezählten Opfer französischer Fremdenlegionswerber lassen sich nun einmal nicht ablenken, so sehr die Saarregierung auch bemüht ist und deshalb muß der von der französischen Bergwerksdirektion ausgehaltene Saarturier „Vorfälle schildern“, um weitere Nachrichten über Opfer der französischen Werber als unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Das Blatt hat recht, wenn es seinen Kommentar unter der Überschrift bringt: Bezahlte Epithel! Denn wer so etwas schreibt, ist es in der Tat!

Die Saarregierung hat kürzlich wieder ein klassisches Beispiel dafür gegeben, wie sie gemeinsam mit der französischen Regierung es versteht, den Völkerbund hinter sich zu führen. Bekanntlich hat die deutsche Regierung am 28. Februar d. J. den zwölften Protest gegen die französische Saarbesatzung an den Völkerbundsrat gerichtet, und verlangt, daß nunmehr endlich der vertragliche Zustand im Saargebiet, d. h. die restlose Befreiung des Saargebietes von französischer Besatzung hergestellt werde. Da die Regierungskommission darauf rechnen mußte, daß die Frage der französischen Saarbesatzung den Völkerbundsrat auf seiner Märztagung beschäftigen würde, hat sie es für angebracht gehalten, bekannt zu geben, daß das in Saarlouis garnisonierende französische Jägerbataillon am 25. März nach Frankreich verlegt

würde. Es wurde allerdings gesagt, daß der endgültige Abtransport sich — bis zum 25. April verzögern werde. Wer aus dieser Mitteilung nicht den Hohn herausliest, den man sich dem Völkerbund gegenüber erlaubt, der will nicht sehen und nicht hören. Die Nachricht ist offenbar doch nur dazu bestimmt, um, wenn die Frage der Saarbesatzung in Genf verhandelt wird, darauf hinweisen zu können, daß die Saarregierung entsprechend dem vom Völkerbundsrat ausgesprochenen Wunsch bemüht ist, die französische Besatzung an der Saar mit fortschreitender Einstellung lokaler Gendarmen zu vermindern. Kurz vor Beginn der Ratstagung wird mitgeteilt, daß am 25. März die Verlegung eines Bataillons erfolgen werde, mit dem Zusatz allerdings, daß sich die Verlegung bis zum 25. April hinausziehen werde. Der Völkerbundsrat wird dankbar die Mitteilung der Saarregierung entgegennehmen, und froh sein, wenn er auf Grund dieser Mitteilung feststellen kann, daß die Saarregierung den Wünschen des Völkerbundsrates nachzukommen versucht. Ob dann am 25. April tatsächlich die Zurückziehung des erwähnten französischen Bataillons erfolgt, kümmert sich in Genf niemand, jedenfalls nicht mehr, als man sich um die Zurückziehung der Reparaturwerkstätte der französischen Rheinarmee aus Saarlouis gekümmert hat; kein Hahn kräht danach. Wenn man nach 5 oder 10 Jahren schließlich feststellen muß, daß im Saargebiet noch immer 4000 bis 5000 französische Besatzungstruppen stehen, dann kommt vielleicht einmal jemand auf den Gedanken, das mathematische Rätsel zu lösen, wie es möglich sei, daß nach fortgesetzter Zurückziehung der französischen Besatzung entsprechend den Mitteilungen der Regierungskommission die Besatzung sich in Wirklichkeit nie verringert hat. Man wird dann vielleicht, allerdings nur theoretische, Feststellungen treffen, die praktischen Forderungen aber Frankreich überlassen; d. h. Frankreich wird die Saarbesatzung bis zur Abkündigung an der Saar belassen. So was gibt es eben nur im Völkerbundsland an der Saar!

Ein bezeichnendes Licht auf die rechtlosen Zustände, in denen sich das Saargebiet trotz des Völkerbundes befindet, warf der Prozeß, der zum zweiten Male gegen den ehemaligen Polizeimajor Doerffert wegen Amtsmissbrauches geführt wurde. Doerffert, der kürzlich schon zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, hatte im September 1924 zwei bei ihm in Stellung gewesene Dienstmädchen aus dem Saargebiet ausgewiesen, obwohl keinerlei rechtliche Gründe vorlagen, durch welche diese Maßnahmen gedeckt werden konnten. Interessanterweise wies der Verteidiger Dr. Wertheimer zur Entlastung des Angeklagten darauf hin, daß Doerffert bei der Handhabung der Ausweisungen sich durchaus in dem Rahmen der Praktiken gehalten habe, die von seiner vorgesetzten Behörde, der berichtigten „Obersten Polizeiverwaltung“ im Saargebiet gepflegt worden seien. Das Spruchwort, daß man die Kleinen hängt und die Großen laufen läßt, bewahrheitete sich auch hier wieder; denn die Schuldigen bei der „Obersten Polizeiverwaltung“ (wir erinnern an den Fall Kennel, der noch immer keine Sühne gefunden hat) konnten trotz wiederholter Forderung der Saarbevölkerung bisher nicht das Forum des Gerichts gebracht werden. Doerffert wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Kleine Tageschronik.

Saarlösung für deutsche Not. Der Landesauschuß der Saarlösung für deutsche Not hat insgesamt 570 000 Franken gesammelt. Hier von sind folgende Beträge an nachstehende Organisationen bereits schon zur Ausschüttung gelangt: 25 000 Franken an den Vaterländischen Frauenverein vom Roten Kreuz in Koblenz, je 20 000 Franken an die Vaterländischen Frauenvereine vom Roten Kreuz von Düsseldorf und Heidelberg, je 10 000 Franken an die Vaterländischen Frauenvereine vom Roten Kreuz in Aachen, Altenessen, Bochum, Bonn, Buer, Dortmund, Duisburg, Dürheim, Tüfen, Essen, Euskirchen, Frankenthal, Gelsenkirchen, Germersheim, Kaiserslautern, Landau, Ludwigshafen, Mannheim, Moers, Neustadt, Neuwied, Oberhausen, Pirmasens, Remscheid, Speyer, Trier, Wanne, Wiesbaden, Zweibrücken, je 5000 Franken an die Vaterländischen Frauenvereine vom Roten Kreuz in Altkirchen, Bacharach, Bitburg, Daun, Dinslaken, Engers, Godesberg, Hamborn, Heidehausen, Herne, Hörde, Kettwig, Mager, Mülheim-Ruhr, Münstermaifeld, Prüm, Ratingen, Reddinghausen, Remagen, Siegburg, Simmern-Elf, Vohwinkel, Witten, Wittlich.

Saarbrücken. Die Handwerkskammer Saarbrücken begeht im April die Feier ihres 25 jährigen Bestehens. Am 20. April wird im Festsaal des Rathauses eine Festigung stattfinden, zu der die Behörden, die Berufsvertretungen aus dem Saargebiet, die Handwerkskammern von Trier und Kaiserslautern, die Westdeutschen Kammern, der Deutsche Handwerkskammertag, Vertreter des Reiches usw. Einladungen erhalten werden. Die Feier wird, da die Handwerkskammer eine deutsche Gründung ist, auch einen dementsprechenden Charakter tragen. An die Festigung schließt

sich ein gemeinsames Mittagmahl, abends werden im Stadttheater die „Meisterfänger“ gegeben.

Wehrden. Der Hüttenarbeiter Josef Schäfer geriet beim Postkoppel auf zweier Wagen zwischen die Puffer und erlitt so schwere Quetschungen, daß er, ohne die Bestimmung wieder erlangt zu haben, nach kurzer Zeit verstarb.

Altenwald. Auf dem Nachhauseweg sangen mehrere junge Leute deutsche Lieder. Sie bemerkten dabei, daß sie von einem Manne in auffälliger Weise verfolgt wurden. An der Grubenstraße stellten sie diesen ob seines Benehmens zur Rede. Dabei entpuppte sich der Verfolger als ein Saarbrücker, der die jungen Leute zwingen wollte, anzugeben, wo sie arbeiteten. Die Antwort war eine gehörige Tracht Prügel. Als er diese weg hatte, leistete der Saarbrücker demütig Abbitte und beteuerte seine Unschuld unter allen möglichen Beschönigungen. Hoffentlich hat die Abreibung zur Folge, daß er in Zukunft sich nicht in Angelegenheiten mischt, die ihn nichts angehen. Vielleicht haben die Prügel ihm auch die saarbrückerische Einstellung ausgetrieben.

Neunkirchen. Die Bevölkerungszahl ist in Neunkirchen im Monat Februar von 40 408 auf 40 398, also um 10 Köpfe zurückgegangen. Der Rückgang ist auf den geringen Zuzug und den übersteigenden Abzug zurückzuführen.

Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Saarbrücken.

Der Reichsverband der deutschen Presse wird seine diesjährige Hauptversammlung in Saarbrücken abhalten. Zur Vorbereitung dieser bedeutsamen Tagung findet am 5. und 6. April die Hauptvorstandssitzung des Reichsverbandes in Saarbrücken statt. Hierbei wird Zeitpunkt und Programm der Hauptversammlung festgelegt werden. Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse wird willkommenen Gelegenheit bieten, der deutschen Presse ein klares Bild von der politischen und wirtschaftlichen Lage des Saargebietes und von der Auffassung der Bevölkerung zu geben.

Personalmeldungen.

Der tatensprohige Vorsitzende des Deutschnationalen Volkspartei für das Saargebiet, Königl. Eisenbahnbetriebsrat a. D. Hermann Heyne ist im Alter von 64 Jahren unerwartet in Saarbrücken verstorben. Hermann Heyne, ein aufrechter Mann, war in Saarbrücken eine bekannte Persönlichkeit, der mit großer Energie für seine Meinung eintrat. Er war ein warmer Verehrer des alten deutschen Heeres und ein begeisterter Vaterlandsfreund. Während des Krieges wurde er von schwerer Krankheit erfaßt, die ihn Wochen und Monate an Bett und Zimmer fesselte, was dem außerordentlichen rührigen Mann und alten Soldaten besonders schmerzhaft war. Von dieser Krankheit, die eine teilweise Lähmung seiner Glieder zurükließ, konnte er sich nicht wieder erholen. Der Ausgang des Krieges und die Gefährdung des Deutschtums an der Saar veranlaßten ihn, in Saarbrücken zu bleiben, weil er glaubte, das Deutschtum zu verraten, wenn er in der Stunde der Gefahr sich aus dem Saargebiet zurückzog. Der französischen Besatzung, den französischen Behörden, wie auch der Saarregierung gegenüber verkündete er nicht einen Augenblick seine heiße Vaterlandsliebe und sein unerschütterliches Deutschtum. Mit Hermann Heyne ist eine typische Persönlichkeit aus dem Leben geschieden, die das Beste wollte und für das aufrechte Deutschtum zweifellos eine Stütze bedeutete. Seine Ruhestätte hat Hermann Heyne in Annaburg in der Provinz Sachsen gefunden, wohin seine sterbliche Hülle überführt wurde. Ehre seinem Andenken!

Das langjährige erste Beigeordnete der Stadt Saarbrücken, Herr Hobohm, tritt mit dem 1. April d. J. in den Ruhestand, nachdem er seit 1910 der Stadtverwaltung als Baudezernent angehört hat. Beigeordneter Hobohm hat der Stadt in langjähriger Tätigkeit seine ganze Kraft und seine reichen Erfahrungen gewidmet. Unter seiner Leitung sind zahlreiche Bauten entstanden, darunter, um nur eines zu nennen, das Cecilienhulhaus, das in seiner architektonischen Schlichtheit und Einheitlichkeit dem Bruchwiesenviertel einen markanten Anstrich gibt. Wiederholt mußte Herr Hobohm in politisch schwerer Zeit den Oberbürgermeister der Stadt vertreten, besonders nachdem französische Willkür den damaligen Oberbürgermeister Mangold seines Postens enthoben und des Landes verwies. Die Aufregungen besonders während des Beamtenstreiks im August 1920 und die sonst an ihn herantretenden schwierigen Probleme, die sich aus der Notwendigkeit der Bebauung und auf der andern Seite aus der finanziellen Not der Gemeinden ergab, haben an den Kräften des Herrn Hobohm reichlich gezehrt und seine Gesundheit stark angegriffen. Deshalb ist sein Wunsch, in den Ruhestand zu treten, durchaus begreiflich. Die Stadtverordneten von Saarbrücken genehmigten sein Ruhestandsgesuch und billigten ihm auf die Dauer von 5 Jahren die vollen Gehaltsbezüge und dann das ihm zustehende Ruhegehalt zu. An seine Stelle tritt Dr. Werle, jedoch vorläufig nicht in der gehobenen Stellung des ersten Beigeordneten.

Bürgermeister Ludwig, der im Herbst d. J. auf eine 40jährige Amtstätigkeit in Neunkirchen zurückblicken kann, wird am 1. Oktober in den Ruhestand treten.

Das Assessor-Examen bestand Gerichtsreferendar Dr. jur. Brenner zu Leipzig, ein geborener Ottweiler. — Frä. M. Kaspar, Studienassessorin an der Landesstudienanstalt Ottweiler, erlangte an der Bonner Friedrich-Wilhelms-Universität die akademische Doktorwürde.

Ihr goldenes Ehejubiläum konnten feiern die Eheleute Vottler in Bedingen.

Todesfälle. Saarbrücken: Heinrich Schumacher, Kaufmann, 64 Jahre. Peter Beder, 64 Jahre. Ferdinand Presser, 59 Jahre. Peter Christmann, Marmorschleifer, 63 Jahre. Christian Lohrmann, Abteilungsleiter der Allgem. Ortskrankenkasse Saarbrücken, 63 Jahre. Charlotte Radmann, 26 Jahre. Frau Jeaneite Albert, geb. Feiß, 80 Jahre. Grete Schuler, 18 Jahre. Michel Seibert, 68 Jahre. Frau Friedr. Rubly, Elisabeth geb. Schwindling, 60 Jahre. Bernhard Berhard, Schneidermeister, 59 Jahre. Frau Witwe Anton Reischig, Karoline, geborene Dispot, 73 Jahre. Franz Baumgatz, Schriftfeger, 48 Jahre. Frau Karl Brandt, Sophie, geb. John, 78 Jahre. Phil. Billon, 73 Jahre. Frau Ww. Nikol. Wintrich, geb. Ruhweiler, 82 Jahre. Theobald Kunz, 40 Jahre. Frau Witwe Maria Schmitz, 68 Jahre. Willy Boldorf, 26 Jahre. Frau Ww. Philipp Reuther, Bertha, geb. Schmidt, 70 Jahre. Rechnungsrat Michael Biver, Frau Erna Ullrich, geb. Krämer, 32 Jahre. Philipp Blatt, 80 Jahre. Frau Ww. Jakob Ullinger, geb. Bechtel, 89 Jahre. Anna Maria Deggewie, geb. Bloß, 40 Jahre. Wilhelm Draeger, Buchhalter, 43 Jahre. Anton Cesaratto, 70 Jahre. Schneidermeister Wilhelm Schmidt, 73 Jahre. Frau Ww. Fritz Schuler, 75 Jahre. Ober-Kolomottsführer Wilhelm Kießer, 56 Jahre. Joseph Martin, 77 Jahre. Restaurateur Hermann Kleemann, 40 Jahre. Paul Drzlowski, 59 Jahre. Michael Deder, 53 Jahre. Karl Lusch, 38 Jahre. Louis Koehl-Koffee, 84 Jahre. Postkretär Anton Gottfried Otte, 50 Jahre. August Fuhs, 29 Jahre. Bäckermeister Dionysius Schrauf, 58 Jahre. Michel Michels, 45 Jahre. Christian Bellig, Hermann Wilhelm Steuer, Käthe Hammel, Frau Ww. Joh. Schuh, geb. Spuhler, 77 Jahre. Frau Ww. Fritz Schuler, Margarete, geb. Thiel, 75 Jahre. Frau Ida Thelen, geb. Weinz, 33 Jahre. Frau Maria Reusch, geb. Bollinger, 58 Jahre. Frau Katharina Pape, verw. Hebel, geb. Grub, 60 Jahre. Fräulein Helene Schmitz, 22 Jahre. Frau Ww. Karl Wolf, Katharina, geb. Klein, 77 Jahre. Frau Katharina Braun, geb. Klein, 50 Jahre. Frau Katharina Adam, geb. Wollinger, 81 Jahre. — **Bedingen:** Wilh. Kuch, 81 Jahre. — **Bedingen:** Frau Joh. Karl Jacobi, Luise, geb. Hoffmann, 81 Jahre. — **Kleinscheid:** Alwin Gräfer, 18 Jahre. — **Gesweiler:** Albert Gräfel, 16 Jahre. Dora Kobel, 17 Jahre. — **Dudweiler:** Matthias Schmitt, 70 Jahre. Fräulein Barbara Mann, 19 Jahre. Schmiedemeister Friedrich Kunz, 70 Jahre. Bergmann Johann Pih, 27 Jahre. Karl Grub, 66 Jahre. Dentist Karl Kunkel, 23 Jahre. Ernst Hey, 66 Jahre. Christian Pih, 30 Jahre. Adam Reih, 51 Jahre. — **Sulzbach:** Frau Ww. Friedrich Geier, geb. Günther, 73 Jahre. — **Ullingen:** Oberlandjäger Hermann Steuer, 49 Jahre. — **Welsweiler:** Jakob Zimmer, 50 Jahre. — **Sulzbach:** Wilhelm Scherer, 72 Jahre. — **Welsweiler:** Hüttenarbeiter Karl Ohliger, 58 Jahre. — **Neunkirchen-Saar:** Jakob Lamour, 74 Jahre. Frau Ww. Daniel Schmitt, geb. Nikolaus, 78 Jahre. Frau Wilhelm Alöhner, Luise, geb. Ohm, 28 Jahre. Oberbörster Felix Rünzer. — **Welsweiler:** Frau Ww. Karoline Gröbner, geb. Schant, 63 Jahre. Friedrich Demmes, 50 Jahre. — **Welsweiler:** Rudolf Philippi, 47 Jahre. — **Gesweiler:** b. Ullingen: Ludwig Ruffler, Kriegsbeschädigter, 34 Jahre. — **Reimsbach:** Frau Ww. Peter Kruchten, Elisabeth geb. Kreuz, 78 Jahre. — **Einöd:** Kaufm. Robert Korf, 37 Jahre. — **Bous:** Max Kaufmann, 21 Jahre. — **Wannweiler:** Hirsch Hanau, 78 Jahre. — **Bedersdorf b. Ittersdorf:** Jakob Bauer, Mitglied des Gemeinderats. — **Eschdorf:** Frau Witwe Carl Gerstner, Ottilie, geborene Hollandt, 47 Jahre. Steiger Ludwig Beder, 39 Jahre. — **Saarlouis:** Frau Witwe Seb. Greff, 86 Jahre. Professor Peter Helten, Frau Josef Wagner, Katharina, geb. Krall, 34 Jahre. — **Ottershausen:** Ww. Friedrich Kutz, Sophie, geb. Kutz, 60 Jahre. — **Willingen:** Frau Bürgermeister Janssen, Helene, geb. Donnerert, 44 Jahre. — **St. Ingbert:** Werkmeister Philipp Kayser, 57 Jahre. Robert Schmitt. — **Sulzbach:** Frau Ww. Kath. Dörr, geb. Weber, 81 Jahre. — **Wannweiler:** Frau Ww. Joh. Julien, geb. Neß, 78 Jahre. Fräulein Barbara Reih, 53 Jahre. — **Gröbner:** Sophie Ullrich, geb. Pabst, 40 Jahre. — **Willingen b. Heidelberg:** Frau Adelheid Feiß, geb. Langguth. — **Welsweiler:** Frau Ww. Konrad Kimbach, Maria, geb. Fried, 78 Jahre. — **Jenne:** Herr Matthias Thier, 57 Jahre. — **Hensweiler:** Wilh. Schmidt, 46 Jahre. — **Berren:** Johr: Wilhelm Fok, 76 Jahre. — **Ramphausen:** Fräulein Liesel Fiegler, 19 Jahre. — **Dudweiler:** Frau Ww. Johanna Schuler, geb. Augustin, 73 Jahre. — **Sulzbach:** Frau Ww.

Peter Scherer, 78 Jahre. — Neunkirchen: Karl Händchen, 50 Jahre. Wendel Kalsling, 20 Jahre. Ernst Hinkelberger, 19 Jahre. — Wiebelskirchen: Benj. Bergmann Karl Breime, 58 Jahre. — St. Wendel: Joseph Collin. — Bous: Willi Wagner, 16 Jahre. — Büren: Praktik. Tierarzt Dr. Emil Augustin, 27 Jahre. — Dillingen: Frau Mathilde Bertinshamp, geb. Alexander, 24 Jahre. Oberbahnassistent a. D. Michael Steinhäuser, 72 Jahre. — Wadgassen: Hochw. Herr Vinzenz Bier, Pfarrer a. D. — Niederlimberg-Wallerlangen: Fabrikbeamte Johann Kiesel, 55 Jahre.

Von den Saargruben.

Preiserhöhung für Saartohlen. Die französische Bergwerksdirektion hat, um ihr Ausbeutungssystem mit gleichem, klingendem Erfolge fortsetzen zu können, die in Paris bewilligte Lohnerhöhung für die Bergleute, (die, nebenher bemerkt, der Teuerung keineswegs im Saargebiet nahekommt,) dazu benutzt, um eine Preiserhöhung für Saartohlen eintreten zu lassen. Dabei ist es bezeichnend, daß diese Preiserhöhung für die Nachbarbezirke der Grube auf 5 Franc für den Pariser Bezirk jedoch nur auf 3 Franc festgesetzt wurde. Auch in dieser unterschiedlichen Preisfestsetzung gibt sie erneut ihre Absicht zu erkennen, durch höhere Preisberechnung der Saartohle für die Saarindustrie diese in der Konkurrenzfähigkeit gegenüber der französischen Industrie zu schädigen.

Dem Untergang des pfälzischen Bergmannsdorfes Schnappach wird noch immer nicht Einhalt getan. Weder die Saargebietung noch die französische Grubenverwaltung kümmern sich um die Notlage der aus ihren zerstörten Wohnungen vertriebenen Bewohner, noch kann sie die Gefährdung weiterer Häuser dazu bewegen, irgendwelche einzuschreiten. Das Unglück betrifft ja „nur Deutsche“. Mit diesen unglaublichen Vorgängen befaßte sich kürzlich auch eine vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter veranstaltete Versammlung in Schnappach, die folgende Entschliebung faßte:

Die Versammlung weist erneut die Öffentlichkeit auf die ungeheuren Schwierigkeiten hin, die unserer Gemeinde drohen. Ein großer Teil unseres Ortes ist bereits untergegangen. Der Zusammenbruch vieler Wohnhäuser ist nur mehr eine Frage von Monaten. Werden hier nicht bald von Bergwerksdirektion und Regierungskommission ernstliche Maßnahmen getroffen, ist das Schicksal unserer Gemeinde besiegelt. Soweit die Geschädigten gewillt sind, sich ein Eigenheim zu errichten, muß von der Bergwerksdirektion neben der Abgabe des vorhandenen Baugeländes die Bewilligung von Darlehen gefordert werden. Es steht dieses Gelände der Direktion in der Nähe unseres Ortes in reichlichem Maße zur Verfügung. Nur so wird es möglich, den um ihre Wohnung gekommenen Familien zu helfen. Die in Frage kommende Stadtverwaltung, Bergwerksdirektion und Regierungskommission werden dringend ersucht, endlich auf eine Klärung der Lage und auf entsprechende Abhilfe hinzuwirken.

Opfer des französischen Raubbaues. Auf der Grube Büllingen wurden dem Bergmann Johann Maas aus Verlen beide Beine durchgeschlagen, so daß er in schwerverletztem Zustande dem Knappschastlazarett in Büllingen zugeführt werden mußte. Auf der Grube Mandach wurde der verheiratete Bergmann August Urchel aus Blidhof von dem Förderseil so unglücklich ins Genick getroffen, daß er bald darauf an den erlittenen Verletzungen starb. Er hinterläßt eine Witwe und zwei kleine Kinder. — Auf der Grube Fagerskreude verunglückte der 22 Jahre alte Bergmann Johann Pichtlich. Auch der Bergmann Johann Bach, 38 Jahre alt, wurde in der Grube ein Opfer französischen Raubbaues. Bei der Schichtarbeit erlitt er tödliche Verletzungen. Er hinterläßt eine Witwe mit 5 unmündigen Kindern.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Einen Rundfunk-Vortrag über „Das deutsche Saargebiet im Spiegel der französischen Annexionspolitik“ wird am Sonntag, 22. März, abends 8 Uhr, im Vorhaus in Berlin der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Herr Verwaltungsdirektor Vogel halten. Wir machen die Mitglieder unserer Berliner und übrigen Ortsgruppen, sowie unsere Freunde und Bekannte hierdurch darauf aufmerksam.

Einen Lichtbilder-Vortrag über das Saargebiet hielt am 17. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula der Gemeindeschule, Petersburger Straße in Berlin vor einer großen Versammlung der technische Eisenbahnassistent, Herr Ommert. Er führte an

Hand eines mustergetreuen Lichtbildervortrages den Anwesenden die Schönheiten des Saargebietes vor Augen. Es muß immer wieder festgestellt werden, daß so oft man Gelegenheit hat, im inneren Deutschland die Bevölkerung mit den Naturschönheiten des Saargebietes bekannt zu machen, immer mehr Verständnis dafür findet. Daß die anwesenden Saarländer sich ganz besonders freuten, wieder mal ein Stück Heimat sehen zu können, braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden. Auch die übrigen Anwesenden, die zum größten Teil noch nie das Saargebiet gesehen haben, waren hocherstaunt über das, was sie zu sehen bekamen. Herr Ommert legte an Hand von einem durchschlagenden Zahlenmaterial der Versammlung ziffernmäßig klar, welche Werte mit dem Saargebiet verloren gegangen sind. Eine zum Schluß gehaltene, von tiefer Ueberzeugung getragene Ansprache des Vortragenden riß die Versammelten mit, die gerne bekannten, alles zu tun, um das Saargebiet wieder zu befreien und seinen treu-deutschen Bewohnern vor allen Dingen das Los ertüchlich zu gestalten. Der Vorsitzende, Herr Jacobi, erbot sich freiwillig, Mitglieder und Abonnenten für unseren „Saar-Freund“ und „Saar-Verein“ zu gewinnen. Mit rührenden Dankworten an den Vortragenden, schloß der Vorsitzende, Herr Jacobi, die Versammlung.

Die Ortsgruppe Hannover des Bundes „Saar-Verein“ hielt am 21. Februar eine Monatsversammlung ab, die erfreulicherweise außerordentlich gut besucht war. Der sehr rührige Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Polizeikommissar Heinrich, gab zu Beginn der Versammlung einen Bericht über die Vorarbeiten für die nächste Bundestagung des „Saar-Vereins“. Diese darf nach Ansicht der gesamten Ortsgruppe keiner andern vorhergegangenen Tagung nachstehen. Im Anschluß an den Bericht des Vorsitzenden erhielt das Mitglied der Geschäftsführung des Niedersächsischen Kohlenyndikats, Abgeordneter Rarius aus Saardröden das Wort zu einer Berichterstattung über die gegenwärtige soziale, wirtschaftliche und politische Lage des Saargebietes. Redner, der mitten in der Tätigkeit für das Saargebiet steht, konnte ein klares Bild über die Gesamtlage des Saargebietes geben, das leider sehr unerfreulich war. Politisch sei das Saargebiet vollkommen entrechtet. Es hätte nur das Recht, sehr viel Steuern zu zahlen, aber bei der Verteilung derselben dürfe es, soweit die sogenannten Staatssteuern in Frage kommen, nicht mitwirken. In sozialer Hinsicht sei das Saargebiet auf dem besten Wege, das Armenhaus des Völkerbundes zu werden. Die Not der Sozial- und Kleinrentner schreie zum Himmel. Die Leistungen der gesamten Sozialversicherung ständen gegenwärtig den sicher noch geringen Leistungen im übrigen Deutschland bei gleichen Teuerungsverhältnissen um etwa die Hälfte nach. Die reifende Schließung der Zollgrenze ab 10. Januar d. J. hätte den Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland fast vollständig unterbunden. Was aus der Wirtschaft des Saargebietes unter den gegenwärtigen Verhältnissen werden soll, wisse niemand. Die maßgebenden Gewalten über das Saargebiet bleiben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber im wesentlichen untätig. Sie betrachten sich mehr als das Ausführungsorgan des „Friedensvertrages“ von Versailles. Für die Folgen, die sich aus der Durchführung des Vertrages ergeben, tragen sie keine Verantwortung. Ueber die in ganz Deutschland bekannten politischen und sozialen Zustände des Saargebietes gäbe es in der ganzen Welt in den Kreisen, in denen das Gefühl für Anstand noch erhalten sei, nur ein Wort der Beurteilung. Die Regierungskommission greife aber, trotzdem es nichts mehr zu beschönigen gäbe, doch nicht durch. Die Stände seien erklärlich, denn die gesamte oberste Polizeiverwaltung stände unter Leitung von am Saargebiet und im übrigen Deutschland an unordentlichen Zuständen interessierten Ausländern oder wie der Fall Dörfert bewiesen habe, an vorausschauenden Deutschen. Zur Erlangung letzterer langt der Arm der „Saarländischen“ Justiz noch, während er aber zur Erfassung von Leuten, wie der ehemalige deutsche Postbeamte Kollin zu kurz ist. In Genf sei das Wort vom Saargebiet als „die Pestbeule des Völkerbundes“ gefallen. Ob es tatsächlich gefallen sei, wäre nebenächlich. Aber daß die Art und Weise, wie das Saargebiet verwaltet wurde, allmählich ein öffentliches und internationales Skandal werde, sei unter nüchternen und anständig urteilenden Leuten außer Zweifel und wird von ausländischen Zeitungen zugegeben. Wenn der an sich gute Gedanke des Völkerbundes im deutschen Volk so diskreditiert würde, so sei daran die Verwaltung des Saargebietes durch den Völkerbund sehr erheblich schuld. Man könnte als einzige Entschuldigung zugunsten des Völkerbundes anführen, daß die 5jährige Verwaltung des Saargebietes durch denselben den Beweis erbracht habe, daß der Völkerbund kein Verwaltungsorgan sein kann. Den Ausführungen des Redners wurde mit lebhaftem Interesse gefolgt, zumal sie, wie allgemein anerkannt wurde, von eingehender Kenntnis der Saargebietsverhältnisse getragen wer-

ten. Eine Verlosung und musikalische Unterhaltung hielt die Mitglieder noch mehrere Stunden zusammen.

Eine große Saarkundgebung in Stettin.

verbunden mit einer Kundgebung für Rhein und Weichsel, fand besonders unter der Mitwirkung unserer Landsleute von der Saar am Sonntag, 22. Februar, statt. „Rhein, Saar und Weichsel“ lautete das Stichwort der Protestkundgebung, zu welcher sich in dem großen Turnhallensaal die Bürgerschaft Stettins in stattlicher Anzahl eingefunden hatte. Stadtschulrat Hahne begrüßte die Erschienenen in einer längeren Ansprache. Er ging davon aus, daß Leben kämpfen heißt. Niederlage bedeutet Tod, nicht nur für das Einzelwesen, sondern auch für ein Volk, das ein unteilbares Ganzes sei. Das Volk müsse seine Einheitlichkeit zu wahren wissen, wenn es bestehen will. Der Volkskörper bedürfe heute ganz besonders einer Kräftigung, die nur zu erreichen sei, wenn der Zersplitterung ein Ziel gesetzt werde.

Als erster Redner zu den Protestkundgebungen nahm Redakteur Köhler (Trier) das Wort, um die Nichträumung der Kölner Zone zu beleuchten. Unfugliches habe das Rheinland ertragen, nicht Wiederzugebendes erduldet. Der Redner erinnerte an das Jahr 1923 mit dem passiven Widerstand und der zum Gipfel getriebenen Inflation. Das rheinische Volk sei deutsch geblieben, obwohl der Frank lochte und eine Schär von Zuchthäusern und sonstigen Verbrechen einen rheinischen Uferstaat bilden wollte. Man müsse verstehen, mit welcher Sehnsucht am Rhein die Räumung der Kölner Zone erwartet wurde. Und der dafür festgesetzte 10. Januar kam, doch die Räumung kam nicht. Ein schändlicher Vertragsbruch sei begangen worden, denn was über angebliche Verfehlungen Deutschlands gesagt werde, sei völlig unbewiesen. Im unberührten Deutschland sollte man trachten, dem Rheinland von seinen Lasten abzunehmen, was möglich ist, um den Rheinländern ihr schweres Los zu erleichtern. Rheinisches Land muß freies deutsches Land sein und bleiben. Als zweiter Redner behandelte Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin die Vergewaltigung des Saargebiets. Zunächst betonte er, daß ein langer Weg voller Kämpfe und Hindernisse, voller Trübsal und Not, voller Enttäuschungen und voller Bitterkeit hinter uns liege, die Zukunft sei dunkel. Deutschlands Schicksal sei bis auf weiteres verbunden mit den Fesseln und dem Joch des Schmachtfriedens von Versailles, der nur Schreden, Wunden und Tränen, aber keinen Frieden gebracht. Nach der Feststellung, daß das Endziel der französischen Raubpolitik lediglich die Fortsetzung der Politik Ludwig XIV. sei, welche die Losrennung der Rheinlande mit dem Ruhrindustrialgebiet von Deutschland erstrebe, kam er auf die derzeitigen Bestrebungen bezüglich der „Völkerverständigung“ und des Eintritts Deutschlands in den „Völkerbund“ zu sprechen, um darauf hinzuweisen, daß das Versailler Diktat keine Einleitung zu dem von vielen erhofften Völkerbündnis sei, sondern daß er weiter nichts bedeute, als die Verewigung des Krieges. Seit 6 Jahren habe Frankreich tiefen Haß am Rhein, an der Ruhr und an der Saar geübt. All das, was das deutsche Volk jenseits des Rheins täglich im stillen zu ertragen habe, werde und dürfe niemals vergessen werden. Die Beschmutzung der Seelen, die Schändung der Ehre, das sadistische Quälen der Familien, der Frauen und Kinder, Raub, Plünderungen, Mord, Totschlag, Verhaftungen und Ausweisungen, all das sei ein Werk erbärmlicher Feigheit, ein weltgeschichtliches Denkmahl von Schmach und Schande für Frankreich. Von einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund könne für jeden vernünftigen Denkenden nur dann die Rede sein, wenn das Versailler Diktat einer Revision unterzogen und dafür gesorgt würde, daß die ungeheuerlichen und ungerechten Bestimmungen beseitigt würden. Denn sonst bedeute der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund lediglich die Sicherung des heutigen Zustandes, durch den das deutsche Volk belogen und betrogen wurde. Für die unseligen Folgen der Bestimmungen dieses Schmachtfriedens von Versailles seien der beste Beweis die traurigen und bellagenswerten Zustände in dem kerndeutschen Saargebiet, welches, von dem Mutterlande auf 15 Jahre getrennt, in die übelste Knechtschaft geraten sei. Unter eingehender Darstellung der wichtigsten Bestimmungen über das Saargebiet betonte der Redner, daß das Saargebiet zwar in dem deutschen Staatsverband verblieben, gleichwohl aber fremden Gewalten, besonders Frankreich, unterworfen worden sei. Deutschland habe auf die Regierung über das Saargebiet verzichtet und sie dem Völkerbund zu treuen Händen übertragen müssen. Des Völkerbunds wiederum habe die Regierung nicht selbst übernommen, sondern er lasse sie durch eine von ihm ernannte Saargebietskommission ausüben. Der französische Staat sei Eigentümer der Saargruben geworden. Das Saargebiet sei in das französische Zollsystem einbezogen worden, so daß die staatsrechtlichen Verhältnisse des Saargebiets in der Tat recht ungewöhnliche seien. Diese Bestimmungen über das Saargebiet seien durch unerhörten Lug und Trug zustande gekommen, und die Vorfriedensverhandlungen, die im Juli 1919 in Paris über die

Saargefrage geführt worden seien, bildeten eines der spannendsten Kapitel in der Entstehungsgeschichte des Versailler Diktats. Die große berühmte gewordenen Lüge Clemenceaus, es gäbe im Saargebiet 150 000 Menschen, die Franzosen seien, die Rechte dieser Saarfranzosen müßten unter allen Umständen beachtet werden, ist es gewesen, welche Wilson und Lloyd George schließlich zum Eingehen auf die französischen verschleierten Annexionspläne veranlaßten. Ein Viertel der reindeutschen Bevölkerung des Saargebiets zu Franzosen zu stempeln, das war die niederträchtigste Fälschung, die man sich denken kann. Redner ging dann dazu über, von Land und Leuten an der Saar, vom Bergbau, von der Eisenindustrie, von der Maschinenindustrie, von der Glas- und Tonwarenindustrie usw., von dem Blühen des Handels und Gewerbes an der Saar vor dem Kriege, besonders unter der preussischen Verwaltung, ein anschauliches Bild zu geben und um festzustellen, daß jeder, der sich in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Saargebiets vertiefe, allüberall nur deutschen Wirtschaftsgeist, deutschen Wirtschaftsaufbau und nur wirtschaftliche Zusammenhänge mit dem großen deutschen Wirtschaftsleben fände. Er schilderte sodann die preussische und deutsche Geschichte des Saargebiets sowie die vortreffliche treu patriotische vaterländische Gesinnung des Volkes an der Saar, welches diese Treue durch Jahrtausende, besonders aber, als das Saargebiet zum vierten Male, und zwar nach der französischen Revolution, das Opfer französischer Raubpolitik geworden sei, dann im Jahre 1870/71 und auch während des großen Weltkrieges in vorbildlicher Weise gehalten habe. In tief ergreifender Weise schilderte der Redner den Abschied der Saarbevölkerung von unseren unbefiegt aus dem Felde nach dem Zusammenbruch heimkehrenden heldgrauen Truppen, um dann auf die heutigen, besonders aktuellen Saarklagen einzugehen. Er erinnerte dann an die treudeutsche Haltung der Bevölkerung, indem er Lob und Anerkennung sollte der Einigkeit und Einmütigkeit, die alle politischen Parteien, alle Konfessionen auszeichneten. Sein Lob galt den Arbeiter- und Beamtenorganisationen, der deutschen Presse, ganz besonders aber den Mitgliedern des Landesrats des Saargebiets, deren unermüdete Tätigkeit im Kampfe um die Deutscherhaltung des Saargebiets gegenüber den Franzöisierungsbestrebungen nicht genug gerühmt werden könne. An der Hand der wiederholten Kundgebungen, der Haltung der Presse und der politischen Parteien, der führenden Persönlichkeiten, der evangelischen und katholischen Geistlichkeit, ganz besonders aber unter Hinweis auf die wiederholten Abstimmungen bei den Wahlen für den Landesrat stellte Redner fest, daß die Bevölkerung an der Saar nicht einmal, sondern mehr als tausendmal immer wieder freimütig ihren Willen dahin zum Ausdruck gebracht habe, wohin ihr Herz schlage und welches ihr Vaterland sei: Deutschland. Wenn trotzdem an der Bestimmung des Versailler Diktats festgehalten werde, erst im Jahre 1935 über die Ansicht der Bevölkerung abstimmen zu lassen, so werde damit nur zum Ausdruck gebracht, daß man Frankreich wirtschaftliche und politische Möglichkeiten an die Hand geben wolle, diesen heute schon feststehenden Willen des Saarvolkes gewaltsam abzuändern. Schlimmer könne man seine Grundzüge nicht verleugnen, wie es hier der Völkerbund tue. Deutlicher wie hier könne aber auch die Vergewaltigung eines Volkes nicht öffentlich betrieben werden. Hier müsse sich doch jeder Deutsche und jeder andere ehrlich denkende Mensch fragen, was ist der Völkerbund, und wo bleibt der Völkerbund? Die Abstimmungen des Saarvolkes bei den bisherigen Landesratswahlen seien aber auch die beste Widerlegung der Clemenceauschen Lüge von den 150 000 Saar-Franzosen und der beste Beweis für die völlige Unhaltbarkeit der Forderung einer Abstimmung im Jahre 1935. Mit einem Appell an die Einigkeit und an das selbstbewußte Nationalempfinden in allen Schichten unseres Volkes schloß Redner mit den Worten: „Wir wollen keinen Rachekrieg, aber wir vertrauen, so wehrlos wir auch sind, auf den unsterblichen Geist, der den Sieg erschafft. Wir vertrauen auf Gott, der da gesagt hat: Die Rache ist mein, und wenn er uns die Stunde beschert, wo wir die Ketten abschütteln dürfen, werden wir ihn bitten: Herr Gott, mache uns würdige Werkzeuge deines Willens zu sein, laß uns siegen oder sterben für das Vaterland.“ Dem padenden Redner ward stürmische Zustimmung. Als Vertreter der Ostmark und der „Wacht an der Weichsel“ sprach Jugendpfleger Herrmann über die Abschnürung Ostpreukens. Nicht genug damit, daß man, entgegen selbst dem Versailler Diktat, die Grenze über die Weichsel nach Westen hinausgerückt habe, versuche Polen unaufhörlich, Ostpreukens von dem Strome abzudrängen. Die unglaublichsten Verordnungen erschwerten den Verkehr aufs äußerste. Unter dem Beifall der Versammlung schloß der Redner mit dem Gelöbniß der Treue zum Deutschland. Im Schlußwort mahnte Stadtschulrat Hahne zu

gedulbigem Ausharren in enngeschlossener Kulturgemeinschaft. Für die Zukunft gelte es zu sorgen durch Erziehung der Jugend in dem Gedanken der Einheit des gesamten deutschen Volkes. Ein Hoch auf das deutsche Volk und das Vaterland fand freudigen Widerhall, und man sang das Deutschlandlied mit der Strophe: „Und im Unglück nun erst recht.“ Musik der Nachrichtenabteilung unter Obermusikmeister Wachlins Leitung begleitete und erfreute durch eine Auswahl schöner deutscher Märsche. Der Magistratsbeamten-Gesangsverein spendete Heimatlieder, und der Versammlungsleiter hatte ihm besonderen Dank ab, dem auch die Zuhörer durch rauschenden Beifall Ausdruck gegeben hatten.

Zu einer zweiten Versammlung abends 8 Uhr im Großen Konzerthaus waren alle Saarländer und Freunde des Saargebiets zur Gründung der Ortsgruppe Stettin des Bundes „Saar-Verein“ eingeladen. In stattlicher Anzahl hatten sie der Einladung Folge gegeben, und manche Saarländer konnten sich hier begrüßen, die sich schon seit vielen Jahrzehnten nicht mehr gesehen hatten. Die Versammlung eröffnete und leitete Kaufmann Hermann, welcher die Erachtener herzlich willkommen hieß, um dann einen eingehenden Bericht darüber zu geben, welche Gründe maßgebend gewesen seien, um die bisher dem Verein der Rheinländer angehörigen Saarländer zu veranlassen, eine selbständige Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“ ins Leben zu rufen. Einmal sei es die Tatsache gewesen, daß der ganze Volkscharakter des Saarländers von dem des eigentlichen Rheinländers doch verschieden sei, besonders aber die Tatsache, daß den Saarländern infolge der Abtrennung des Saargebiets vom Vaterlande und infolge der für 1935 vorgesehenen Volksabstimmung wesentlich andere Aufgaben zugefallen seien, als dem Verein der Rheinländer. Die Gründung einer besonderen Ortsgruppe schließe durchaus nicht aus, auch fernerhin mit den rheinischen Landsleuten bei allen Gelegenheiten Hand in Hand zu gehen und treue Kameradschaft zu halten. Bevor zu der eigentlichen Gründung der Ortsgruppe übergegangen werden sollte, bat er den anwesenden Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Bogel-Berlin, über die Zwecke und Ziele des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu berichten damit alle Anwesenden im Bilde seien, um was es sich bei der Gründung einer neuen Ortsgruppe handle. Dieser schilderte dann die Gründungsgeschichte der Geschäftsstelle und des Bundes „Saar-Verein“ und seine Tätigkeit, die besonders darauf gerichtet sei, die Befreiung des Saargebiets von der Fremdherrschaft zu fördern. Die ganze Arbeit zielt darauf hin, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen den Bewohnern des Saargebiets und des übrigen Deutschland mit allen Saarländern und Freunden des Saargebiets zu wecken und wachzuhalten. Fast 6 Jahre habe die Geschäftsstelle und der Bund „Saar-Verein“ diese Aufgaben mit ganz großem Erfolg gelöst. Redner ging dann auf den Zweck noch näher ein, um auch die Aufgaben des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ selbst in eingehender Weise darzulegen und all das, was bisher in dieser Richtung geschehen sei, eingehend zu schildern. Er erinnerte an die stetige Fühlungnahme mit der Bevölkerung des Saargebiets, an das Zusammenarbeiten mit den Volksvertretern der Fraktionen sämtlicher politischen Parteien des Reichs- und Landtages, an die Zusammenarbeit mit den Schwesternverbänden, an die besondere Fürsorge, welche darauf verwendet werde, daß die Presse mit Nachrichten, Berichten und Schilderungen über die Saarfrage stetig versorgt werde, an die Vorträge an den Universitäten und Hochschulen, an den höheren Schulen und in öffentlichen Versammlungen, bei Saarkundgebungen usw., an die Versorgung der Presse des Auslandes mit Berichten sowie an viele andere Veranstaltungen, die die besten Erfolge aufzuweisen hätten. Ganz besonders unterstrich er die in den Satzungen festgelegten Grundsätze, daß für die Geschäftsstelle und den Bund „Saar-Verein“ konfessionelle Fragen und parteipolitische Bestrebungen grundsätzlich ausgeschlossen seien. Der „Saar-Verein“ treibe keine selbständige Politik. Er ordne seine politische Betätigung der Politik unter, die von den deutschen Führern im Saargebiet für richtig befunden wird.

Nachdem der ehemalige 1. Vorsitzende des Vereins der Rheinländer, Herr Talsch seinem warmen Interesse für die Saarfrage Ausdruck gegeben habe, und auch sich selbst für die dringende Notwendigkeit der Gründung der Stettiner Ortsgruppe des Saarvereins ausgesprochen hatte, überbrachte er gleichzeitig der neu zu gründenden Ortsgruppe jetzt schon die herzlichsten Glückwünsche mit einem herzlichen Glückauf. Es wurde dann zur Wahl des Vorstandes geschritten, die folgendes Ergebnis hatte: Zum 1. Vorsitzenden wurde gewählt Oberregierungsrat Dr. Stegner-Stettin, dem Verwaltungsdirektor Bogel für die Annahme dieses arbeitsreichen Amtes ganz besonders deshalb seinen und des Bundes „Saar-Verein“ aufrichtigen Dank aussprach, weil er Land und Leute an der Saar, ganz besonders aber auch die jüdischen Franzosen auf Grund seiner eigener Erfahrungen sehr gut kenne. Oberregierungsrat Dr. Stegner übernahm den Vorsitz, indem er den Anwesenden

für das große Vertrauen dankte und die Versicherung abgab, daß es ihm eine Freude und Ehre sei, die Stettiner Ortsgruppe zu leiten zu dürfen, daß sie dem Bund „Saar-Verein“ tatkräftige Mitarbeit und Hilfe in seiner großen vaterländischen Aufgabe leisten könne. Es wurden sodann weiter gewählt als Schriftführer Kaufmann Hermann (früher Reutlingen) und als Kassenwart Zivilingenieur Ehrhardt (früher Altwald). Als Beisitzer wurden gewählt Direktor Jung (Sohn des Saarbrücker Historikers Jung in Saarbrücken), Oberst a. D. Ferdinand Müller (früher Malsatt-Burck) und Kapitän z. S. (N) Müller (früher in Saarbrücken). Namens der Geschäftsstelle und des Bundes „Saar-Verein“ dankte dann Herr Bogel für die endgültige Konstituierung der Stettiner Ortsgruppe, indem er ihr ein herzliches Glückauf zurief. Zum Schluß wurde die Verbreitung des „Saar-Freund“ empfohlen und darauf der offizielle Teil der Versammlung geschlossen. Im Laufe des Abends war an die „Saarbrücker Zeitung“ in Saarbrücken folgendes Telegramm zur Absendung gekommen: „Nach eindrucksvollem Vortrag des Verwaltungsdirektors Bogel-Berlin über aktuelle Saarfragen entbietet ihren Landsleuten Gruß und Treuebündnis Saarverein Stettin. Oberregierungsrat Dr. Stegner“.

Vortrag über das Auslandsdeutschtum mit besonderer Berücksichtigung des Saargebiets, so lautete das Thema, über welches Herr Ommert in Charlottenburg-Mitte im „Freischütz“ am 10. März sprach. Er legte an Hand eines großen Zahlenmaterials den Erscheinungen klar, welche Werte durch die Abtrennung von Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy-Monschau, Nordschleswig, Freie Stadt Danzig, das Memelgebiet, die Ostmark, Ost-Oberschlesien, das Hutschiner Ländchen und das Saargebiet verloren gegangen sind. In diesen Ländern das Deutschtum zu erhalten, kann nur durch die eine Voraussetzung geschehen, indem wir den größten Wert auf unsere Schulverhältnisse im Ausland legen. Die Schule ist das Rückgrat deutschen Gemeinschaftslebens jenseits der Grenze. Uebergehend zum Saargebiet konnte Herr Ommert an Hand eigenen Erlebens den Anwesenden ein treues Bild von der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage des Saargebiets geben. Ganz besonders interessierten die Ausführungen über die jüdischen Entrechtungsbestrebungen der Franzosen im Saargebiet gegenüber den Beamten und Arbeitern. Die Darlegungen des Vortragenden über die Verhandlungen des sogenannten Saarbeamtenstatuts, sowie die rohe Behandlungswiese bei der Ausweisung prominenter Persönlichkeiten gingen den Anwesenden sehr zu Herzen. In bewegten Worten verstand es Herr Ommert, die Anhänglichkeit, Treue und Fleiß der Saarbewohner ins rechte Licht zu stellen. Die historischen Taten eines Majors von Westel als Beschützer des Saargebiets von 1870, sowie die Heldentaten des weltbekannten Dienstmädchens Katharina Weigert, im Volksmund genannt „Schulze Kathrin“, gaben den Anwesenden ein Bild von der Liebe zur Heimat und dem Opfer Sinn unserer Brüder und Schwestern im Saargebiet. Mit der Aufforderung an die Versammlung, nicht bloß heute mit Worten ihre Anhänglichkeit an dieses Gebiet zu bekunden, sondern lebendige Mitarbeiter zu werden, durch Beitritt zum „Saar-Verein“ und Bestellung des „Saar-Freund“, um dadurch in die Lage zu kommen, in ihren Bekannntkreisen aufklärend über dieses herrliche deutsche Gebiet wirken zu können, schloß der Referent seine eindrucksvolle Rede.

★ Ortsgruppe Berlin. Die Mitglieder unserer Berliner Ortsgruppe weisen wir auf die Anzeige des Vereins der Pfälzer in Berlin, den Lichtbildervortrag „Die schöne Pfalz“, in der Urania, W 8, Taubenstraße, am 26., 28. und 29. März d. J. betr. ganz besonders hin, indem wir den Besuch nur bestens empfehlen können.



Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein“ wissen muß

legt das vor der
Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin
herausgegeben

**Merkblatt mit Bildern
und
Karte des Saargebiets.**

Die Sache des Bundes „Saar-Verein“ muß Sache des ganzen deutschen Volkes werden, jeder gute Deutsche, besonders aber jeder, der im Saargebiet geboren ist oder im Saargebiet gelebt hat, soll und muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ oder seiner Ortsgruppen werden — Mitgliedsanmeldungen für den Bund „Saar-Verein“ sind zu richten an die:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Fernspr.: L 4709 2340 Königsgräber Straße 94 Fernspr.: L 4709 2340

Ortsgruppe Frankfurt a. M. Die regelmäßige Mitglieder- versammlung findet jeden letzten Dienstag im Monat, abends 9 Uhr, im Bürgerverein, Stiftstraße 39 II, statt. Jeder Freund der Saarsache ist zu diesen Monatsversammlungen herzlich ein- geladen. Der Saarbrücker Stammtisch in Frankfurt a. M. tagt jeden Donnerstag abend im Restaurant Jung (Ziel, gegenüber dem Hauptpostamt). Jede Auskunft über die Ortsgruppe Frank- furt a. M. usw. erteilt jederzeit gern der erste Schriftführer, Herr Gustav Schätzing in Frankfurt a. M., Grüneburgweg 4, Telefon: Hansa 6162.

Bücherschau.

Der Völkerrrieg. Eine reich illustrierte Chronik der Ereig- nisse seit dem 1. Juli 1914. Herausgegeben von Dr. C. H. Baer, Verlag von Julius Hoffmann, Stuttgart. 23. Band, Mark 5.—; Hl. 7.—. Für und gegen die deutsche Kriegsfüh- rung. Unter den vielen Vorwürfen, die der deutschen Krieg- führung von der Entente gemacht wurden, ist keiner sooft und so laut erhoben worden wie der, jener so meisterhaft angelegte Rück- zug der Deutschen an der Westfront zwischen Lens und Soissons im Frühjahr 1917 sei eine militärisch unnötige und mit barba- rischer Grausamkeit und Zerstörungswut durchgeführte Maßnahme gewesen. Eine sachliche, möglichst unvoreingenommene Dar- stellung dieser großen Operation wird in dem vor kurzem er- schienenen 23. Bande des bekannten Kriegswerkes „Der Völkerr- krieg“ mit allen nötigen Einzelheiten, mit Bilder- und Karten- erläuterungen gegeben; sie zeigt, daß die taktische Bewegung in der Tat militärisch durchaus berechtigt war und mit größter Schonung der Zivilbevölkerung durchgeführt wurde. Während 1914 das oft geradezu tierische Wüten der russischen Horden im Osten des Deutschen Reiches, 1915 das Finale des russischen Rückzuges durch Polen, Galizien und Wolhynien oder 1916 die kaltblütige Vernichtung neutralen Eigentums in Rumänien durch englische Zerstörungskommissionen von der gesamten Entente-Presse als militärisch und politisch höchst erwünschte notwendige Handlungen gefeiert wurden, erhob sie über den deutschen Rückzug überlauten Geschrei der Empörung. Denn sein Erfolg war überraschend groß und weitreichend. Er hinderte die Durchführung des ganzen, wohlangelegten Kriegsplanes der Entente, ermöglichte die Ab- wehrschlacht bei Arras und Reims und eine Kräfteansammlung für die folgenden Flandernschlachten. Ein anderes Kapitel des Bandes in den „völkerrechtswidrigen Waffen und Maßnahmen der En- tente“ gewidmet, und es ist darin besonders der ungeheuerlichen mit Giftgas über die ganze Welt verbreiteten Verleumdung ge- dacht, nach der die Deutschen die Knochen ihrer Gefallenen zur Del- und Fettgewinnung für die menschliche Ernährung benutzt hätten. In Deutschland glaubte niemand, daß diese schamlose Lüge von irgend jemand für Wahrheit genommen werden könne. Und doch soll sie ausschlaggebend gewesen sein für die Ent- schließung der chinesischen Regierung zur Kriegserklärung an Deutschland und wird noch heute in überseeischen Ländern sogar von Gebildeten geglaubt.

National und sozial. Immer wieder erhebt in der inneren deutschen Politik der Versuch, die nationalen und sozialen Trieb- kräfte zu vereinen und damit den Volk und Staat zerstörenden Klassenkampf zu überwinden. Für eine zeitgerechte Weiter- führung dieser Gedanken steht eine neugegründete „Politische Wochenschrift“ ein, im gleichnamigen Verlag, Berlin W. 35, Pots- damer Straße 27 a. Als Herausgeber zeichnet Hermann Allmann, der bisherige Chefredakteur des „Deutschen“. In dem so- eben erschienenen Einführungsheft heißt es: „Volkspolitisch und staatspolitisch bejahende und verneinende Richtungen kreuzen sich wie und unübersehlich in unseren gegenwärtig 23 Parteien. Nicht politische Ruhe um jeden Preis ist das Ziel, wohl aber Klarheit und Einfachheit des politischen Lebens, Ordnung nach wenigen großen Linien. Die Begriffe „rechts“ und „links“ sind nicht aus dem politischen Leben moderner Völker auszurotten. Laßt sie uns reinigen und klären. Zur Rechten, die die Selbst- hilfe will, soll sich nur zählen dürfen, wer die verpflichtenden Voraussetzungen der Selbsthilfe im Denken und Handeln an- erkennt. Keinen sichereren Weg gibt es, um die ausgesprochene Linke, die Selbsthilfe nur lau oder gar nicht anstrebt, die kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, auf ihr bescheidenes Maß zurückzuführen. Jene scharfe Auslese auf der Rechten ist der einzige Weg, der imstande ist, wieder eine führende Schicht zu schaffen, nicht im Sinne einer starren, nur auf dauernde Vor- rechte gegründeten Kaste, sondern einer wirtschaftlich unabhängigen, aus den gelindesten Volksstellen immer neu ergänzten, jedem innerlich Berechtigten und Fähigen zugänglichen, durch einheit- liche Erziehung und Bildung zusammengeflohenen, als Vorbild und Lebensziel wirkenden Gemeinschaft.“ Das Einführungsheft der Zeitschrift enthält eine Anzahl von Aufsätzen über innere, äußere und Wirtschaftspolitik, die diese Tendenz weiter ausführen, vor allem auch sehr bemerkenswerte Aufsätze von dem Reichstags- abgeordneten Walther Lambach zu dem Thema: Reichspräsident und Reichswehr; ferner zahlreiche Berichte aus fremden Staaten,

eine außenpolitische Umschau von Dr. Jaeger, ein Bruchstück des neuen Romans „Bodenmaß“ von Walter von Molo, Bücher- schau usw.

Kriegsgräberfürsorge. Wiederum bringt die Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ in dem uns vorliegenden Februarheft Augenzeugenberichte über deutsche Kriegerfriedhöfe in Frankreich und Belgien, die ein anschauliches Bild von dem tatsächlichen Zustand unserer fernen Kriegergräber geben und wichtige Nach- richten enthalten, die vor allen Dingen für die Angehörigen unserer Gefallenen von Bedeutung sind. Wiederum zeigt das Heft, das außerdem Zustandsberichte über deutsche Kriegerfriedhöfe in Frankreich, Polen, Litauen, Estland, Rußland, Italien, Ru- mänien und Indien enthält, wie segensreich und wichtig die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und wie notwendig eine allseitige Unterstützung seiner Bestrebungen ist. Möge die wertvolle Zeitschrift in jedes deutsche Haus Eingang finden! — Die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Berlin W 10, Matthäikirchstraße 17 II, über- sendet auf Wunsch Probehefte.

Die „Liegenden Blätter“, seit je ein Hort deutscher Seltsam- keit und Gemütlichkeit, haben sich nach Ueberwältigung der Kriegs- und Inflationsgefahren unter allen deutschen Zeitschriften zu einer ganz hervorragenden Erscheinung entwickelt. Gegen die Menge des üppig ausschließenden Zeitschriftenunkrauts sind sie in ihrer kraftvollen Bodenständigkeit und ungebrochenen Deutlichkeit des Humors geradezu ein Rettungsmittel. Neben vielen erst- klassigen — auch farbigen — Bildern bringt jede Nummer eine reiche Fülle, so daß der Leser zu geringem Preis mehrere Stunden mit aufheiternder und anregender Lektüre füllen kann.

Bücherkasten.

A. R. S. J. St. aus D. 9 Mark mit herzlichem Dank erhalten.

Politische Wochenschrift für Volkstum und Staat

Herausgeber: Hermann Allmann

Knappe Übersichten über äußere, innere Wirtschafts- und Sozial- politik / Eigenberichte aus fremden Staaten, namentlich aus dem Osten und Südosten / Schnelle Information über Weltfragen des Auslandes / Literaturberichte

13 Hefte im Vierteljahr zu 16 Seiten im großen Format M. 4.50 vierteljährlich, M. 1.50 monatlich, Einzelhefte 50 Pfg.

Erbitten Sie kostenloses Probeheft

Zu beziehen durch die Post, jede gute Buchhandlung, Einzelhefte durch Kioske, Buch- und Buchhandel, Straßenhandel

Verlag der Politischen Wochenschrift

Berlin W 35, Potsdamer Straße 27 a

Der Lichtbilder-Vortrag

Die schöne Pfalz am Rhein

wird auf allgemeinen Wunsch nochmals in der „Urania“, Berlin W. 8, Taubenstraße

am 26. März, Donnerstag, 1/9 Uhr abends

am 28. März, Samstag, 1/9 Uhr abends

am 29. März, Sonntag, 7 Uhr abends

in erweiterter Form durch unser Mitglied, Herrn Adolf Pfeiffer, Referent in der Presse-Abteilung der Reichs- regierung, wiederholt.

Karten à M. 1.— an der Kasse der „Urania“.

Verein der Pfälzer in Berlin

Geschäftsstelle: Berlin - Schöneberg, Eisenacher Straße 58 (Stephan 0030).

Der Saarkalender für 1925

ist ein Gebrauchs- und Nachschlagewerk für alle Saar-Deutschen. Er enthält eine große Anzahl von Bildern der wirtschaftlichen Lage im Saar-gebiet, ausführliche geschichtliche Darstellungen und Zeitfestsätze, saar-landische Anekdoten, Witze usw. und bekommt durch Beiträge guter Schriftsteller eine hochwertige literarische Note. Ein Handbuch von besonderem Wert für Kinder und Kinderstube. Der Preis dieses ausgezeichneten Werkes beträgt 2,50 M. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß ebenfalls durch uns auch noch die Jahrgänge 1923 und 1924 des Saarkalenders bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königsgräber Straße 94 II.

Die Monatschrift

„Der Weg zur Freiheit“

erscheint im Verlag des Arbeitsausschusses deutscher Ver-
bände, Berlin NW 7, Schadowstraße 2 monatlich und kann zum
Preis von 20 Goldpfennigen durch jede Postanstalt bezogen werden.
Das Mitteilungsblatt hält seine Leser ständig auf dem Laufenden über
alle politischen Fragen, die mit der Kriegsschuldfrage und dem auf ihr
aufgebauten Friedensvertrag von Versailles in Verbindung stehen. Unter
anderem bringen die einen Überblick über die abgelaufenen politischen
Ereignisse, bringt das Blatt auch eingehende Besprechungen
nicht nur der inländischen, sondern vor allem auch der ausländischen das
genannte Gebiet betreffenden literarischen Neuerscheinungen. Das
Blatt bietet daher jedem, auch wenn er nicht in der Materie eingehend
bewandert ist, aufschlußreiches und nur auf Tatsachen beruhendes Material und
gibt ihm dadurch Gelegenheit, sich dasjenige im Interesse der Aufklärungs-
arbeit über diese Lebensprobleme des deutschen Volkes zu bedienen.

Die illustrierte Monatschrift

Elsas-Lothringen - Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elsässer
u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst
(II. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über elsas-lothringische
Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

Aus Urteilen der Presse:

„Der Deutsche“, Berlin: ... eine Zeitschrift, die ein aus-
drucksvolles Anzeichen dafür ist, mit welcher Fähigkeit und unbeug-
samen Lebenskraft die Elsässer und Deutsch-Lothringer unter allem
Besatz der Herrschaft sich zu behaupten wissen. „Germania“
Berlin: ... eine Aufgabe, die nicht länger vernachlässigt werden
darf. In der richtigen Weise angepackt. „Unabhängiger
Nationalkorrespondenz“: ... Politisch und kulturpolitisch Inter-
essanter sei die Kenntnis dieses ausgezeichneten Zeitschrifts empfohlen.
Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut. „Preussische
Jahrbücher“: ... Die Monatschrift verleiht die Stamme-
interessen dieses lothringischen Landes in jeder Verteidigung und
abwehrung Angriffe ... unwahren Tendenzen abhold ...
auch Schlußsatz: ... „Schweizerische Monatshefte für Politik
und Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute
elssische Geistesarbeit zum Wort kommen zu lassen ...
„Schweizerische Monatshefte“ (Remond, Rumänien): ... muster-
gültige geleistete Heile ... Sowohl die politischen Aufsätze wie
das übrige der Heile ausgezeichnet.

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifbandbezug M. 1,50.
Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken,
Schweiz 10 schw. Franken übriges Ausland 2 amerif. Dollar.
Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postfach 5.
Postfachkonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW 7 Nr. 109799.

Dessauer Garten

Dessauer Str. 1, Ecke Königsgräber Straße
3 Minuten vom Potsdamer Platz.

Aktbekanntes Speischaus

Spez. Ausschank von Würzburger
Hofbräu und Dortmunder Hansa

Säle und Sitzungszimmer zu vergeben.

Das Saargebiet in Gefahr!

Jeder Deutsche muß Mitglied des
Bundes „Saar-Verein“ sein!

Deutscher Wille

Die überparteiliche, vornehme Halbmonatschrift
aller vaterländischen Kreise

Behandlung jedes Interessengebietes
von hervorragenden Mitarbeitern

Auslandsdeutschtum und Auslandskunde
stehen stark im Vordergrund

Sorgt für sozialen Ausgleich, behandelt Fragen
der Volksgesundheit und sucht die Erneuerung eines
wehrhaften Geistes in der deutschen Jugend und die
Wiederherstellung des großdeutschen Staates

Herausgegeben vom Kuratorium „Deutscher Wille“

Berlin W. 57, Bülowstr. 100

Erscheint halbmonatlich — jährlich 24 Hefte

Einzelheft M. —,50 jährlich M. 10,—

Zu beziehen bei allen Postanstalten sowie durch unser
Postfachkonto Berlin Nr. 138 541.

Das Blatt aller Rheinländer!



Halbmonatschrift für den deutschen deutschen Westen

Herausgegeben von Dr. Robert Ernst

Mit der illustrierten Heimatbeilage „Der schöne Rhein“

Frei von jeder Tendenz, in vornehmer Ausstattung und mit
fesselndem Inhalt, vertritt der „Rheinische Beobachter“ kraft-
voll die Interessen der Rheinischen Volksgenossen und lenkt
die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit immer erneut
auf den besetzten Westen. (Monatlich 2 Hefte nur 50 Pfg.)

Bestellen Sie beim Postamt oder beim Verlag
Berlin SW 61, Großbeeren-Straße 17.

Vertriebene aus Elsas-Lothringen

müssen in ihrem eigensten Interesse stets die

„Elsas-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liqui-
dationsschäden berichten und auch kulturelle
Fragen, elsas-lothringische Erzählungen und
Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von
70 Pfennig monatlich

bei der Expedition der „Elsas-Lothringischen Mitteilungen“
Freiburg i. B., Röderstr. 12.